

Faire Chancen für alle!

26 Projekte für die Zukunft Österreichs

Programm der Sozialdemokratischen Partei Österreichs für die Jahre 2003 bis 2006

Einleitung	2	Kapitel G	
Kapitel A		Erleichterung für Familien mit Kindern	14
Die Arbeitslosigkeit senken und die Wirtschaft wieder in Schwung bringen	4	Projekt 16: Kindergeld deutlich verbessern	14
Projekt 1: Steuern für niedrige und mittlere Einkommensbezieher sowie für investierende Unternehmen senken	4	Kapitel H	
Projekt 2: Infrastruktur von Schiene und Straße ausbauen	5	Arbeitswelt und Arbeitsverhältnisse im Umbruch: Beschäftigung schaffen – sozialen Schutz sichern ..	14
Projekt 3: Aktive Arbeitsmarktpolitik ausbauen und modernisieren	5	Projekt 17: Die Arbeitswelt humanisieren	15
Projekt 4: Innovationsorientierte Wirtschaft fördern	6	Kapitel I	
Projekt 5: ForscherInnenquote erhöhen	7	Das Sozialsystem zukunftsfähig machen – die Armutsbekämpfung modernisieren	15
Kapitel B		Projekt 18: Das Sozialsystem armutsfest machen – Bedarfsorientierte Grundsicherung	15
Gesundheit und hohe Lebensqualität für alle Menschen	7	Kapitel J	
Projekt 6: Zeitgemäße Ziele und Leistungen in der Gesundheitsversorgung setzen	7	Zuwanderung und Integration	16
Projekt 7: Mehr Rechte für PatientInnen und HeimbewohnerInnen gewährleisten	8	Projekt 19: Soviel Zuwanderung wie nötig, soviel Integration wie möglich	16
Projekt 8: Ambulanzgebühren abschaffen, nachhaltige Finanzierung des Gesundheitssystems sichern	8	Kapitel K	
Projekt 9: Sport als Gesundheits- und Wirtschaftsfaktor fördern	8	Das Recht auf Sicherheit	17
Kapitel C		Projekt 20: Waffen in Privathaushalten verbieten	17
Für eine lebenswerte Umwelt und gesunde Lebensmittel	9	Kapitel L	
Projekt 10: Klimaschutz-Offensive jetzt umsetzen	9	Der Staat als Partner	18
Kapitel D		Projekt 21: Verwaltung vereinfachen	18
Bildung für alle Menschen	10	Kapitel M	
Projekt 11: Berufliche Bildung ausbauen und reformieren	11	Mehr Chancen für den ländlichen Raum	19
Projekt 12: Universitäten modernisieren – Studiengebühren abschaffen	11	Projekt 22: Den ländlichen Raum weiterentwickeln	19
Projekt 13: Eine Offensive für das lebensbegleitende Lernen starten	12	Kapitel N	
Kapitel E		Österreichs Rolle in Europa und in der globalen Staatengemeinschaft	19
Faire und sichere Pensionen	12	Projekt 23: Österreich rasch auf die bevorstehende Erweiterung vorbereiten	20
Projekt 14: Langfristig die Pensionen sichern	12	Kapitel O	
Kapitel F		Für ein demokratisches und weltoffenes Österreich	21
Faire Chancen für Frauen	13	Projekt 24: Demokratie und Öffentlichkeit entwickeln	21
Projekt 15: Gleichstellung der Geschlechter erzielen	13	Projekt 25: Kultur und Kunst	22
		Projekt 26: Benachteiligungen für Menschen mit Behinderungen nachhaltig beseitigen	23

Einleitung

Die Nationalratswahlen am 24. November 2002 sind eine Richtungsentscheidung für Österreich. Die SPÖ geht mit einem neuen Team und einem klaren Programm in diese Wahl.

Wir sind überzeugt, dass wir in der Lage sind, die zentralen Herausforderungen, vor denen unser Land steht, zu bewältigen, nämlich

- neue Arbeitsplätze zu schaffen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die österreichische Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen,
- sichere und faire Einkommen und Pensionen zu gewährleisten,
- für alle Menschen eine hochwertige Gesundheitsversorgung und eine entsprechende Lebensqualität zu garantieren,
- jedem und jeder erstklassige Bildung zu ermöglichen,
- die umfassende Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen sowie Frauenpolitik als integralen Bestandteil aller Politikbereiche zu etablieren,
- und für umfassende Demokratie, sozialen Dialog, Sicherheit und politische Stabilität in Österreich zu sorgen.

Als im Februar 2000 eine Bundesregierung aus ÖVP und FPÖ gebildet wurde, war abzusehen, dass es sich um ein Experiment mit hohem Risiko für Österreich handelt. Es konnte dazu kommen, weil Wolfgang Schüssel sein vor den Wahlen 1999 gegebenes Wort brach, er werde mit der ÖVP in Opposition gehen, wenn sie nur drittstärkste Partei wird.

Während er noch zum Schein mit der SPÖ verhandelte, schloss er einen Pakt mit Jörg Haider, um an die Regierungsmacht zu gelangen. Er trägt deshalb auch die Verantwortung für das Chaos, in dem dieses Experiment nun endet. Und er trägt auch die Verantwortung für die wirtschaftliche, soziale und budgetäre Bilanz von zweieinhalb Jahren Blau-Schwarz in Österreich:

- Die Verschuldung Österreichs ist am Ende von Blau-Schwarz bei weitem höher als bei Antritt dieser Regierung. Das erklärte Hauptziel der Regierung Schüssel, das Nulldefizit und die Sanierung der Staatsfinanzen wurde klar verfehlt.
- Österreich hat eine Rekordarbeitslosigkeit von rund 250.000 Menschen im Jahresschnitt. Besonders stark steigt die Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen und den älteren Menschen. Innerhalb der EU ist Österreich sogar

zum Spitzenreiter beim Anstieg der Arbeitslosigkeit geworden.

- Österreich hat nach zweieinhalb Jahren Regierung Schüssel ein im europäischen Vergleich erschreckend geringes Wirtschaftswachstum. Unter den 15 EU-Ländern belegt Österreich nur mehr den vorletzten Platz.
- Die ArbeitnehmerInnen, die PensionistInnen und auch die Wirtschaft leiden nach über 30 Belastungsmaßnahmen der Regierung Schüssel unter der höchsten Steuer- und Abgabenlast seit 1945. Die versprochene Steuerreform ist ausgeblieben.
- Die Österreicherinnen und Österreicher können sich heute auch deshalb weniger leisten als früher, weil ihre Einkommen seit Antritt dieser Regierung kaum noch steigen. Österreich ist EU-Schlusslicht auch bei der Einkommensentwicklung geworden.
- Die wohl ungerechtesten Maßnahmen der Regierung Schüssel treffen Kranke und benachteiligte Menschen. Es sind die vielen Belastungsmaßnahmen im Sozial- und Gesundheitsbereich, allen voran die Ambulanzgebühren und die Besteuerung von Unfallrenten.
- Die Regierung Schüssel hat gezeigt, dass sie keinen Wert auf die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern legt, und sie hat wichtige Errungenschaften infrage gestellt oder beseitigt. Die für den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen vorgesehenen Mittel wurden gestrichen, Wiedereinsteigerinnen ins Berufsleben wurden im Stich gelassen.
- Es gab in diesen zweieinhalb Jahren unverfrorene parteipolitische Einflussnahmen, blau-schwarzen Postenschaucher in nie da gewesenem Ausmaß. Kritiker wurden denunziert. Das alles legt offen, wodurch die Regierung Schüssel tatsächlich hervorsteicht: Machtgier und mangelnde demokratische Kultur.
- Schüssel hat die bewährte österreichische Kultur des miteinander Redens verlassen und hat stattdessen brutal über die Menschen hinweg regiert. Betroffene Menschen und ihre Interessensvertretungen in politische Entscheidungen mit einzubeziehen, das will Blau-Schwarz nicht.

- Die Regierung Schüssel hat kaum ein wirklich gelungenes Reformwerk vorzuweisen. Vieles blieb mangelhaft, Stückwerk oder unausgelegene punktuelle Maßnahme, oft mit negativen Folgen für die Betroffenen. Manch Positives, wie die Entschädigung der Zwangsarbeiter aus der NS-Zeit, war schon vor dem Antritt der Regierung Schüssel konzipiert.
- In einer Reihe von sehr wichtigen Fragen für unser Land konnte die Regierung Schüssel nicht zu einer gemeinsamen Linie finden. Dauernder Streit kennzeichnete diese Regierung etwa in der für unser Land wichtigen Frage der EU-Erweiterung. Österreichs Ansehen, insbesondere in der Nachbarschaftspolitik, wurde dadurch schwer beschädigt.
- Besonders die FPÖ hat sich als nicht regierungsfähig erwiesen. Zahllose Rücktritte von Ministern, viele Skandale und Pannen und zuletzt die Turbulenzen in der FPÖ und die Selbstauflösung der Bundesregierung sprechen eine deutliche Sprache. Letztlich musste die Chaosregierung Schüssel vorzeitig aufgeben und am 20. September 2002 in die vorzeitige Beendigung der Gesetzgebungsperiode flüchten. So kann man Österreich nicht in eine Zukunft führen, die den Menschen Perspektiven gibt.

Dennoch will Wolfgang Schüssel dieses blau-schwarze Experiment verlängern, wenn es das Wahlergebnis vom 24. November zulässt.

Wir aber meinen, es ist Zeit für einen Neuanfang in Österreich. In den vergangenen zweieinhalb Jahren wurde bereits genug zerstört.

Die SPÖ ist bereit für diesen Neuanfang. Denn die SPÖ hat aus Fehlern der Vergangenheit gelernt. Wolfgang Schüssel nicht. Wir sind in der letzten Phase der großen Koalition mit der ÖVP in eine Politik des weitgehenden Stillstands geraten – nicht zuletzt wegen der vielen großen Gegensätze in unseren Programmen. Und wir wissen nun, dass damit auch dem Rechtspopulismus Haider in die Hände gespielt wurde.

Österreich braucht einen sicheren Weg in die Zukunft. Deshalb formulieren wir neue Ziele für Österreich, die den Menschen in unserem Land Sicherheit und Wohlstand bringen sollen. Es gibt vieles, das wir uns in und für Österreich wünschen. Und wir werden vieles davon umsetzen, wenn wir den Auftrag dazu bekommen.

Wir werden uns aber nicht alles leisten können. Denn die

blau-schwarze Regierung lässt auch ein Budget-Chaos zurück. Sie hat kein Budget für 2003 zustandegebracht. Sie hinterlässt ein Bundesbudget mit höheren Schulden als bei ihrem Antritt. Und sie hat zuletzt noch rasch etliche Maßnahmen beschlossen, deren Rechnung die Bevölkerung erst unter der nächsten Regierung zu zahlen hat.

Unter solchen Rahmenbedingungen wird die Budgetpolitik der kommenden Jahre sehr schwierig werden. Wir wollen im Gegensatz zur Regierung Schüssel den Weg einer sozial verträglichen Budgetkonsolidierung gehen und nehmen uns vor, in den kommenden Jahren einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu erreichen.

In erster Linie aber sind wir den Menschen verpflichtet. Daher wollen wir die ungerechtesten Belastungen rückgängig machen, die ihnen diese Regierung auferlegt hat. Wir wollen unsere Wirtschaft wieder ankurbeln und dafür sorgen, dass die Österreicherinnen und Österreicher wieder Arbeit und dadurch Geld in der Tasche haben. Denn nur, wenn es den Menschen gut geht, hat auch der Staat die nötigen Einnahmen in der Staatskasse.

Unsere Zielsetzung ist eine Gesellschaft, die faire Chancen für alle garantiert, deshalb ist der Sozialstaat für uns unverzichtbar. Ohne ihn gibt es nicht jene Sicherheiten, die die Menschen brauchen, um letztendlich auch die Bereitschaft zum Risiko und zur Flexibilität zu entwickeln.

Wir wollen daher das Prinzip der Sozialstaatlichkeit in der Verfassung verankern. Wir stehen für eine demokratische und sozialpartnerschaftliche Konflikt- und Verhandlungskultur sowie für eine echte Selbstverwaltung im System der sozialen Sicherung.

Der Sozialstaat muss ständig erneuert und an die sich wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen angepasst werden und finanzierbar bleiben. Das heißt, dass wir klare Prioritäten setzen werden.

Wir scheuen diese schweren Aufgaben nicht.

Am 24. November 2002 geht es um eine Richtungsentscheidung für Österreich: Die Alternative lautet:

- entschlossener Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und aktive Wirtschaftspolitik oder Gleichgültigkeit gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung mit allen spürbaren Nachteilen für die Menschen und die Unternehmen,

- Effizienz, hohe Leistungsfähigkeit und Orientierung des Gesundheitssystems an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen oder eine Zwei-Klassen-Medizin, die nur mehr den Wohlhabenden höchstwertige Versorgung garantiert,
- ein leistbares, förderndes und forderndes Bildungswesen vom Kindergarten bis zum Erwerb neuer Qualifikationen in späteren Phasen des Lebens oder teure Spitzenangebote für einige wenige,
- ein auf Jahrzehnte gesichertes Pensionsmodell für alle Menschen oder ein Öffnen der Schere zwischen Arm und Reich in der Altersversorgung,
- eine Politik, die auf Reformen setzt, die im gesellschaftlichen Dialog und unter Einbindung der betroffenen Menschen und ihrer Interessensvertretungen entwickelt werden, oder eine Politik des autoritären „Drüberfahrens“,
- ein liberales und weltoffenes Klima in Österreich oder Provinzialismus und bornierte Enge,
- und eine neue Regierung, die neue Ziele für Österreich setzt, oder eine alte am Gängelband von Schüssel und Haider, die allein am Machterhalt interessiert ist.

Am 24. November haben die Österreicherinnen und Österreicher die Wahl.

A. Die Arbeitslosigkeit senken und die Wirtschaft wieder in Schwung bringen

Im heurigen Jahr gibt es um etwa 40.000 Arbeitslose mehr als im Jahr 2000. Im Winter wird die höchste Arbeitslosigkeit seit 1945 – mit über 300.000 arbeitslosen Menschen – erwartet. Während in der EU die Arbeitslosenquote in den letzten drei Jahren um fast einen Prozentpunkt zurückgegangen ist, ist Österreich – unter Bundeskanzler Schüssel – neben Portugal und Luxemburg das einzige EU-Land, in dem die Arbeitslosenquote gegenüber 1999 gestiegen ist.

Diese Zahlen zeigen, dass in der Beschäftigungspolitik durchaus nationale Handlungsspielräume vorhanden sind und dass die für österreichische Verhältnisse hohe Arbeitslosigkeit hausgemacht ist: Unter der internationalen Wirtschaftskrise leiden alle. Aber wie man richtig darauf reagiert, ist Sache der Politik der einzelnen Staaten.

Die Regierung Schüssel hat nicht richtig reagiert. Denn die Einkommen der Menschen, die Kaufkraft der Bevölkerung und die Investitionskraft der Betriebe wurden durch die Belastungsmaßnahmen der Regierung kaputtgespart. Die Folgen waren Wachstumsrückgang, Stagnation der Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Rekordhöhe.

Die Regierung hat die Lage noch weiter verschärft: durch Kürzung von Arbeitslosengeldern sowie von Geldern für Qualifizierungsprogramme für Arbeitsuchende, mit einer Kürzung von öffentlichen Investitionen, mit der Streichung des Investitionsfreibetrags für Unternehmen, mit Pensionsanpassungen weit unter der Inflationsrate oder mit einem Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst. All das hat die Arbeitslosigkeit erhöht und unser Land noch tiefer in die Krise geführt.

Zur Steigerung des Wachstums und der Kaufkraft schlagen wir vor:

Projekt 1: Steuern für niedrige und mittlere Einkommensbezieher sowie für investierende Unternehmen senken

Die Regierung Schüssel hat die Steuern um 8 Milliarden Euro erhöht. Als Folge sind Kaufkraft, Konsum, Wachstum und Beschäftigung übermäßig stark eingebrochen, stärker als in anderen Staaten, die auf solche Belastungsmaßnahmen verzichtet haben.

Die Steuerlasten sind auf einem historischen Höchststand – mit einer Steuerquote von 45,9% - und zudem höchst ungerecht verteilt. Die Regierung Schüssel hat vor allem kleine und mittlere Einkommen massiv belastet. Der Wirtschaft wurde mit dem Investitionsfreibetrag ein wichtiger Investitionsanreiz genommen. Dafür hat die Regierung die Aktien- und Währungsspekulation und damit den Abbau von Arbeitsplätzen steuerlich gefördert.

Die Steuerpolitik der Regierung Schüssel erdrückt die Konjunktur, schwächt die Einkommen, verursacht hohe Arbeitslosigkeit und bringt als Folge auch große Einbrüche bei Steuereinnahmen und damit erneut Budgetprobleme mit sich. Kombiniert mit besonderer Großzügigkeit in manchen Bereichen (z.B. Landwirtschaft, Militär, Lohnnebenkostensenkung 2001) ergibt sich – auch ohne die durch das verheerende Hochwasser entstandenen Kosten – eine veritable Budgetkrise.

Um die aus unserer Sicht vordringlichen Ziele zu erreichen, nämlich

- die Massenkauftkraft zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen,
- Steuergerechtigkeit herzustellen,
- die Investitionen in die Realwirtschaft zu fördern,
- auf Dauer einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, wollen wir in der nächsten Legislaturperiode:
- die Lohn- und Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen um rund 2 Milliarden Euro senken. (Einkommen bis 14.000 Euro im Jahr sollen steuerfrei werden, dies bedeutet eine Entlastung von bis zu 850 Euro im Jahr),
- die Besteuerung der Unfallrenten zurücknehmen,
- befristet auf ein Jahr einen Investitionsfreibetrag NEU für Unternehmen einführen, der am Wachstum der Investitionen orientiert ist und bis zu 30% der Investitionen betragen kann,
- Jung- und KleinunternehmerInnen einen verbesserten Zugang zu Risikokapital ermöglichen (Stabilitäts- und Risikokapitalfonds, steuerliche Anreize für venture capital),
- die Steuerfreiheit von Gewinnen aus Aktienoptionen streichen,
- die Beseitigung ungerechtfertigter Steuerprivilegien (z.B. bei Aktienoptionen und Spekulationsgewinnen),
- die Gleichstellung der effektiven Steuerlast von Gewinnen aus Privatstiftungen mit sonstigen Gewinnen,
- Anreize für Investitionen in Weiterbildung in Form von Prämien („Bildungssparen“) und einem Bonussystem für Unternehmen schaffen,
- ohne Erhöhung des Steuersatzes die Ergiebigkeit der Körperschaftssteuer erhöhen,
- uns auf europäischer Ebene für eine stärkere Harmonisierung z.B. der Kapitalbesteuerung und für Maßnahmen zur Eindämmung der Spekulation auf den internationalen Devisenmärkten (z.B. Tobin-Tax) einsetzen.

Wir wollen den Wirtschaftsstandort Österreich durch aktive Wirtschaftspolitik stärken und daher auch die Bundeskompetenzen im Bereich der Außenwirtschaftspolitik bündeln und qualitativ ausbauen sowie die allgemeinen Wirtschaftsförderungsinstrumente als Impulsgeber für die Unternehmen evaluieren und zusammenführen.

Wettbewerbsbehindernde Vorschriften unter anderem im Gewerberecht und im Berufsrecht der freien Berufe wollen wir durchforsten und abbauen.

Zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Österreich wollen wir eine Offensive im Bereich der Infrastruktur setzen:

Projekt 2: Infrastruktur von Schiene und Straße ausbauen

Wir wollen ein Paket zur Erhöhung der Leistungskraft der Verkehrsinfrastruktur vorziehen und sofort umsetzen. Vor allem die Westbahn und Westautobahn, der Bahnausbau im Bereich des Alpentransits sowie Projekte in der Ostregion im Hinblick auf die Erweiterung der EU sollen beschleunigt in Angriff genommen werden. Besonders beschäftigungsintensiv und daher bevorzugt zu realisieren ist der Ausbau und die Generalsanierung der bereits projektierten Bahnhöfe und die Sanierung älterer Bausubstanz im Bundesbereich. Weiters wollen wir besonders solche Projekte vorziehen, die der Erhöhung der Verkehrssicherheit dienen.

Für die Finanzierung haben wir ein Konzept ausgearbeitet, das unter anderem die rasche Einführung einer verursachergerechten LKW-Maut vorsieht, weiters die Neuaufteilung der Einnahmen im Verkehrsbereich zugunsten der Schiene, Maßnahmen zur Beschleunigung von Infrastrukturprojekten sowie die Heranziehung privater Investoren.

Im Mittelpunkt der Wirtschaft steht für uns der Mensch. Die Schaffung von Beschäftigung und Einkommen zählt daher zu den Kernaufgaben unserer Politik.

Beschäftigungspolitik beschränkt sich nicht auf Arbeitsmarktpolitik, sondern durchzieht die gesamte Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Wir wollen sofort eine umfassende Initiative zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit setzen. Wir wollen insbesondere durch eine Reform und den Ausbau der beruflichen Bildung jedem Jugendlichen einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz garantieren.

In der aktiven Arbeitsmarktpolitik wollen wir neue Akzente setzen:

Projekt 3: Aktive Arbeitsmarktpolitik ausbauen und modernisieren

In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit ist es kontraproduktiv, die Mittel für die Unterstützung und Qualifizierung von Arbeitslosen zu kürzen. Den Menschen müssen die zum Leben notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Und sie müssen zugleich Chancen auf einen Wiedereinstieg ins Berufsleben bekommen.

Aktive Arbeitsmarktpolitik nimmt in Österreich unter der

derzeitigen Regierung auch im internationalen Vergleich einen geringen Stellenwert ein. Das betrifft sowohl die Zahl der Arbeitslosen, die an Schulungsmaßnahmen teilnehmen, als auch die Dauer und Intensität der Maßnahmen. Pro Arbeitslosem/er werden heute in Österreich nur etwa die Hälfte der Mittel ausgegeben, die die skandinavischen Länder dafür aufwenden.

Die Verstärkung aktiver Arbeitsmarktprogramme aber soll den Menschen in Österreich helfen, ihre Chancen auf Beschäftigung zu wahren, unter anderem

- durch die gezielte Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit – jede/r 15- bis 19-Jährige muss einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz bekommen, u.a. durch Sicherung des Zugangs zur Berufsausbildung für alle Jugendlichen,
- durch die Verankerung eines Rechtsanspruches auf berufliche Qualifikation für arbeitslose ArbeitnehmerInnen,
- durch Qualifizierungsprogramme für WiedereinsteigerInnen,
- durch die Verbesserung der beruflichen Qualifikation der ArbeitnehmerInnen in Österreich ab dem 40. Lebensjahr,
- durch geeignete Maßnahmen, um das Abschieben Älterer in die Arbeitslosigkeit zu vermeiden,
- durch die nachhaltige Integration von ZuwanderInnen durch allgemeine und berufliche Qualifikation,
- durch den Ausbau sozial-ökonomischer Betriebe: Integration für jene, die sich nicht so leicht tun; geförderte Jobs, mit dem Ziel der sozialen Integration und der Perspektive der Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt,
- durch den Ausbau gemeinnütziger Personalbereitstellungsfirmen (flex work companies): flexible Personalbereitstellung für Arbeitgeber und Lösungen für Personen, die sich am Arbeitsmarkt erhöhten Schwierigkeiten gegenübersehen (z. B. nach langen Berufsunterbrechungen oder ältere ArbeitnehmerInnen mit entwerteter Qualifikation),
- durch innovative Förderungsmodelle für ExistenzgründerInnen/JungunternehmerInnen.

Fairness am Arbeitsmarkt und Sicherung der sozialen Vorsorge der Versicherten verlangt entschlossene Maßnahmen zur Bekämpfung des Schwarzunternehmertums. In diesem Zusammenhang wollen wir auch Anreize entwickeln, um zum Beispiel bei den haushaltsbezogenen Dienstleistungen den Ausstieg aus illegalen Beschäftigungsverhältnissen und den Einstieg ins System der sozialen Absicherung und Altersvorsorge zu erleichtern. Wir wollen unter anderem gemeinnützige Einrichtungen forcieren, die solche Leistungen anbieten.

Projekt 4: Innovationsorientierte Wirtschaft fördern

Österreichs Unternehmen werden nur dann bestehen können und für Beschäftigung sorgen, wenn sie wettbewerbsfähig bleiben. Wissen und Know-how sind die Standortfaktoren der Zukunft. Der Umstrukturierungsprozess in Richtung know-how-intensive Bereiche muss dringend beschleunigt werden. Denn Arbeitsplätze in Unternehmen, deren Know-how einzigartig ist, sind sichere Arbeitsplätze. Forschung und Technologie sind für das Entstehen und Bestehen solcher Unternehmen die Grundlage. Damit dienen sie auch dem übergreifenden Ziel, die Beschäftigung zu steigern.

Vorrangige Ziele einer effektiven Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation müssen

- die ständige Verbesserung des Aus- und Weiterbildungssystems in Österreich,
- eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Forschung und Wirtschaft,
- die Fokussierung von Wirtschaftsförderungen auf den Bereich Forschung und Entwicklung,
- eine Verbesserung der vorhandenen F&E-Infrastruktur sowie
- die Bündelung der wesentlichen Kompetenzen in einem Ministerium sein.

Wir wollen know-how-intensive Unternehmen, insbesondere in den Bereichen Biotechnologie und Kreativwirtschaft verstärkt fördern.

Im Bereich der Biotechnologie wollen wir eine breite, aber zügige gesellschaftliche Diskussion über die Umsetzung der Biopatentrichtlinie, und damit über die Chancen und Risiken biotechnologischer Entwicklungen führen. Ziel muss aber eine baldige Entscheidung in dieser heiklen Frage sein.

Der Sektor der Kulturwirtschaft wird international immer bedeutender. Im Vergleich zur Gesamtwirtschaft entstehen hier zusehends mehr neue Arbeitsplätze. Österreich hat mit seinem großen und international anerkannten kreativen Potenzial gerade im Bereich der audiovisuellen Medien, insbesondere dem Film, beste Voraussetzungen, um zu einem erstklassigen Standort zu werden.

Im Zusammenwirken von Wirtschafts- und Kunstpolitik, in der Bündelung aller Kräfte (Bund, Länder, Gemeinden, ORF, private Unternehmen) wollen wir die audiovisuelle Wirtschaft in Österreich fördern. Wir wollen

- steuerliche Anreize entwickeln, um private Investitionen in diesen Sektor zu steigern,

- im Bereich der Ausbildung im Film- und Fernsbereich neue und zeitgemäÙe Akzente setzen,
- die Infrastruktur für diesen Sektor verbessern.

Auch für das Verlagswesen und die Musikwirtschaft gilt es stimulierende Rahmenbedingungen zu schaffen.

Projekt 5: ForscherInnenquote erhöhen

Wissensbasierte Unternehmen brauchen als Fundament eine lebendige Forschungsszene. Wir brauchen in Österreich daher nicht nur mehr Forschung, sondern auch mehr ForscherInnen. Das Ziel heißt: Österreich soll in den nächsten Jahren zehn Prozent mehr ForscherInnen haben: Das sind etwa 2000 wissenschaftlich arbeitende Menschen mehr.

Unser Ziel können wir mit einem Bündel abgestimmter Maßnahmen in einem starken Forschungs- und Technologieministerium erreichen:

- In den Schulen wollen wir eine große Initiative starten, um das Interesse für Forschung und Innovation zu verstärken. Dabei soll vor allem verdeutlicht werden, dass Forschung in ihrer ganzen Breite die Aufgabe und die Chance hat, die gesellschaftlichen Probleme und Herausforderungen lösen zu helfen.
- Im Bereich der technisch-naturwissenschaftlichen Forschung sollen gerade auch Mädchen besondere Möglichkeiten geboten werden.
- Wir müssen die Talente und die Leistungsfähigkeit unserer jungen WissenschaftlerInnen besser nützen. Das bedeutet eine angemessene Bezahlung, mehr attraktive Arbeitsplätze und bessere Karrierechancen als bisher; gerade auch im universitären Rahmen.
- Wir müssen die steuerlichen Anreize gerade für kleine Unternehmen erhöhen und Zuschüsse für junge Unternehmen schaffen, um zusätzliche Forscherinnen und Forscher einzustellen. Die gegenwärtigen komplizierten Regeln sind unter diesem Blickwinkel zu reformieren.
- Die ForscherInnenquote wird nur dann die nötige rasche Steigerung erfahren, wenn wir für gute Leute aus dem Ausland wesentlich attraktiver werden. Daher wollen wir die entsprechenden Hürden in diesem Bereich beseitigen.
- All diese Maßnahmen machen nur Sinn, wenn Österreich als Forschungsstandort attraktiv ist. Daher ist die öffentliche grundlagenorientierte und anwendungsbezogene Forschungsförderung besser und stabiler zu dotieren.
- Als besonders wichtig sehen wir an, dass dieser Forschungsstandort Österreich auch weltweit sichtbar wird. Daher wollen wir herausragende wissenschaftliche Einrichtungen und

Forschungsgruppen besonders stärken. Solche Spitzenzentren ziehen weitere gute Leute an.

Dann könnte es etwa gelingen, in Österreich im Kampf gegen Krebs oder andere unheilbare Krankheiten entscheidende Schritte weiter zu kommen, älteren Menschen ein aktives Leben in voller Beweglichkeit zu ermöglichen oder Lösungen für brennende gesellschaftliche Konflikte zu entwickeln.

B. Gesundheit und hohe Lebensqualität für alle Menschen

Das österreichische Gesundheitssystem gehört mit zu den effektivsten, wirtschaftlichsten und fairsten der Welt. Die Regierung Schüssel versucht allerdings, dies zu ändern, indem nur mehr Basisleistungen solidarisch finanziert werden. Leistungen, die über eine Grundversorgung hinaus gehen, werden so zum exklusiven Gut für jene, die es sich leisten können.

Für uns ist die bestmögliche gesundheitliche Versorgung für alle Menschen ein öffentliches Anliegen. Eine solidarische Gesundheitspolitik muss jeder Person, unabhängig von Alter, Einkommen, Familienstand, Herkunft oder Geschlecht, den Zugang zu allen medizinisch sinnvollen und notwendigen Leistungen ermöglichen.

Die politische Herausforderung besteht heute darin, das Leistungsangebot an die kommenden Bedarfslagen anzupassen, eine bundesweite Qualitätsstrategie für das Gesundheitswesen umzusetzen und eine nachhaltige Finanzierung sicherzustellen.

Projekt 6: ZeitgemäÙe Ziele und Leistungen in der Gesundheitsversorgung setzen

Eine zukunftsorientierte Gesundheitspolitik muss klare Ziele definieren und dementsprechend das Leistungsangebot für die Versicherten an die Bedürfnisse von morgen anpassen, d.h.

- die z.T. neuen Volkskrankheiten (des Bewegungs- und Stützapparats, des Stoffwechsels, Diabetes etc.) vor allem auch mit stärker präventiven Maßnahmen (Gesundheitsförderung, Krankheitsverhütung, Früherkennung – unter anderem in den Schulen) bekämpfen,
- verstärkte Aufklärung schon an Schulen über Alkohol-, Medikamenten- und Drogenmissbrauch betreiben sowie

Drogensucht als Krankheit anerkennen,

- *die wachsende Zahl älterer Menschen, hilfsbedürftiger, behinderter und chronisch kranker Menschen und deren Bedürfnisse berücksichtigen (z.B. leistbare Heilbehelfe für behinderte Menschen),*
- *zur besseren medizinischen Versorgung älterer Menschen Lehrkanzeln für Geriatrie und Sozialgerontologie einrichten,*
- *Versorgungslücken schließen (Rehabilitation, Zahnmedizin, psychische Krankheiten, Palliativmedizin, wirkungsgeprüfte Alternativmedizin),*
- *ein österreichweites Frauengesundheitsprogramm erstellen und geschlechtersensible Medizinansätze unterstützen,*
- *betriebliche Gesundheitsförderung unterstützen und als moderne Unternehmensstrategie etablieren,*
- *neue Arbeitsplätze und attraktive Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich schaffen (einheitliche Berufsbilder und Ausbildungen; Arbeitszeitmodelle).*

Projekt 7: Mehr Rechte für PatientInnen und HeimbewohnerInnen gewährleisten

Wir wollen die PatientInnenrechte gesetzlich verankern und haben ein Gesetz über die Rechte der PatientInnen mit folgendem Inhalt erarbeitet:

- *Recht auf Aufklärung über den Gesundheitszustand; Zweck, Art, Folgen und Risiken von Behandlungen sowie mögliche Alternativen*
- *Recht auf Einholung einer zweiten medizinischen Beurteilung*
- *Recht auf Einsicht in die Krankengeschichte*
- *Regelung der Einholung der Einwilligung zur Behandlung*
- *Schutz der Privatsphäre von PatientInnen.*

Insgesamt muss sich das Gesundheitswesen stärker an den Interessen und Bedürfnissen der PatientInnen orientieren:

- *die Zeiten, zu denen die Krankenkassen erreichbar sind, um zu beraten und zu unterstützen, wollen wir ausdehnen,*
- *für die chefärztliche Genehmigung von Medikamenten sollen nicht mehr die PatientInnen herumgeschickt werden. Sie soll direkt zwischen dem behandelnden Arzt und der Krankenkasse erfolgen,*
- *die Außenstellen der Krankenversicherungen sollen zu einem Netz von Servicezentren werden.*

Wir wollen mehr Rechte für alle HeimbewohnerInnen. Wir wollen rasch eine bundesgesetzliche Neuregelung schaffen, die die weitgehende Rechtlosigkeit von alten, pflegebedürftigen und behinderten HeimbewohnerInnen beseitigt und Qualitätsstandards der Betreuung sicherstellt.

Projekt 8: Ambulanzgebühren abschaffen, nachhaltige Finanzierung des Gesundheitssystems sichern

Die Ambulanzgebühren bestrafen Kranke, sie bringen keine zusätzlichen Mittel für das Gesundheitssystem, sie verursachen enormen Verwaltungsaufwand und haben auch keinen lenkenden Effekt, weil für die Menschen vielfach keine Alternative zum Ambulanzbesuch besteht. Wir wollen sie daher abschaffen.

Um die Finanzierung des Gesundheitswesens zu sichern, wollen wir eine Reihe von Veränderungen durchführen:

- *Wir wollen die unterschiedlichen Versicherungssysteme harmonisieren bei verteilungspolitisch gerechten Beitragsgrundlagen nach dem Grundsatz „Gleiche Beitragssätze bei gleichen Leistungen“;*
- *Zweckbindung von höheren Anteilen der Tabaksteuer für das Gesundheitswesen;*
- *Bekämpfung des Schwarzunternehmertums und konsequente Einforderung von Beitragsschulden der ArbeitgeberInnen an die Sozialversicherung;*
- *Verbreiterung der Beitragsgrundlagen um wertschöpfungsorientierte Elemente;*
- *Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage;*
- *Reduktion der stark steigenden Medikamentenausgaben (u.a. durch die Senkung der Großhandels- und Apothekerpennen auf EU-Niveau sowie durch Anreize für die Verschreibung kostengünstigerer, aber ebenso wirksamer Medikamente).*

Wir wollen die Versorgungsqualität erhöhen und die Kosten z.B. für Mehrfachbefundungen und -behandlungen verringern. Das kann durch Qualitätssicherung und -kontrolle und bessere Organisation und Koordination in vielen Fällen erreicht werden.

Projekt 9: Sport als Gesundheits- und Wirtschaftsfaktor fördern

Gesundheit wird nicht zuletzt durch Bewegung und Sport gefördert. Wir wollen zur Sportausübung motivieren und daher den Schul-, Vereins- und Betriebssport fördern. Durch die Förderung der aktiven Sportausübung der ÖsterreicherInnen wollen wir die Gesundheitsvorsorge verbessern. Insbesondere im Bildungssystem, vom Kindergarten bis zur Universität soll in Zusammenarbeit mit dem organisierten Vereinssport die bestmögliche Ausbildung in einem möglichst breiten Sportangebot geboten werden.

Im Bereich des Sportstättenbaus sollen Förderkriterien ver-

stärkt darauf abstellen, dass diese Sportstätten vielfältig genutzt werden können und vor allem auch für den Breitensport offen stehen.

Wir wollen den österreichischen SpitzensportlerInnen die bestmöglichen Voraussetzungen in der Ausbildung, im Training und bei Wettbewerben gewährleisten. Denn Erfolge im Spitzensport sind wichtige Anreize für die aktive Sportausübung vieler Menschen und damit von großer Bedeutung für die Gesundheitsvorsorge.

Sie sind aber auch wichtig für den Wirtschaftsstandort Österreich, weil sie für die Bereiche Freizeit und Tourismus entscheidende Werbeeffekte erzielen. Damit sichert und schafft der Sport Arbeitsplätze. Deshalb wollen wir uns auch verstärkt um Sportgroßereignisse in Österreich bemühen. In Zusammenarbeit mit den Ländern, Gemeinden und dem organisierten Vereinssport wollen wir einen abgestimmten Bewerbungsfahrplan erstellen, der Österreichs Ressourcen im Bereich des Tourismus bestmöglich nutzt.

Wir stehen für die aktive Integration von behinderten Menschen in die Gesellschaft. Deshalb wollen wir den Behindertensport – als Breitensport und als Spitzensport – besonders fördern. Wir wollen auch besondere Anreize für die aktive sportliche Lebensgestaltung der älteren Menschen entwickeln.

C. Für eine lebenswerte Umwelt und gesunde Lebensmittel

Umweltschutz war der blau-schwarzen Bundesregierung kein besonderes Anliegen. Der Abbau von Umweltstandards, die Beschneidung von Anrainer-Rechten, der Ausverkauf von natürlichen Ressourcen wie Wald und Wasser, eine Reihe von Lebensmittelskandalen, aber auch die Vernachlässigung der Kyoto-Ziele zur Verringerung von Luftschadstoffen kennzeichneten ihre Politik. Umweltschutz wurde nicht als Motor für Innovationen, als Chance für die Wirtschaft und als wichtiges Mittel zur Verhinderung von Naturkatastrophen gesehen, sondern als lästiger Kostenfaktor.

Die SPÖ will die Fehlentwicklungen der letzten Jahre im Bereich Umwelt- und Konsumentenschutz korrigieren und zukunftsfähige Wege aufzeigen. Beim Klimaschutz darf nicht länger Zeit durch Untätigkeit verloren werden.

Ein zentrales Ziel muss die Sicherung gesunder, für alle leistbarer Lebensmittel sein. Wir wollen daher die derzeit aufgesplitterten Kompetenzen im Bereich Konsumentenschutz

zusammenführen. Die Lebensmittelkontrolle ist zentrales Element der Gesundheits- und Konsumentenschutzpolitik. Sie muss ausreichend dotiert sein und unabhängig von der Produktion (Landwirtschaft) sein.

Weiters braucht es Verschärfungen im Lebensmittelgesetz und ein Mehr an Information für die KonsumentInnen, um die Lebensmittelqualität und –sicherheit in Österreich zu erhöhen. Wir treten grundsätzlich gegen die Bestrebungen der derzeitigen Bundesregierung auf, den KonsumentInnen-schutz in allen Bereichen zu verschlechtern.

Wir arbeiten seit langem für eine Trendwende am Agrarsektor. Derzeit entscheidet die Größe eines Betriebes über die Höhe der Förderungen. Klasse statt Masse muss aber das Ziel sein. Durch die Bindung von Förderungen an soziale und ökologische Mindeststandards soll mehr naturnahe und artgerechte Produktion in Österreich unterstützt werden. Weiters treten wir für ein Bundestierschutzgesetz ein, das die Schutzstandards in Österreich verbessert.

Wir stehen auch dafür, dass Gentechnik in Lebensmitteln und Landwirtschaft in Österreich keinen Platz haben darf, solange nicht alle möglichen Folgen verantwortungsvoll abgeklärt sind.

Wir garantieren, dass die Trinkwasserversorgung in öffentlicher Verantwortung bleibt. Eine Privatisierung der österreichischen Trinkwasserversorgung kommt für uns nicht in Frage.

Wir werden den Ausverkauf von Wald und Wasser unverzüglich stoppen, die Wegfreiheit verteidigen und den Zugang zur Natur für die Bevölkerung offenhalten.

Projekt 10: Klimaschutz-Offensive jetzt umsetzen

Spätestens seit den verheerenden Unwettern im vergangenen Sommer muss klar sein, dass der durch menschlichen Eingriff verursachte Klimawandel gebremst werden muss. Dafür wollen wir uns auf internationaler Ebene vehement einsetzen, dafür kämpfen wir aber auch auf nationaler Ebene. Die Beschlüsse sind bereits gefasst, die Umsetzung lässt allerdings sehr zu wünschen übrig.

Wir stehen für die Erreichung des Kyoto-Ziels (13% CO₂-Reduktion bis 2008/2012), weil wir damit positive direkte Umweltauswirkungen erreichen können, weil wir einen entscheidenden vorbeugenden Beitrag im Kampf gegen Naturkatastrophen leisten

und weil damit auch vor allem im Baugewerbe Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden können (z.B. durch Wärmedämmung oder die Errichtung ökologischer Heizsysteme).

Unsere Maßnahmen lauten konkret:

- Sicherung der Finanzierung der in der Klimastrategie vereinbarten Maßnahmen durch Zweckwidmung der Energieabgabe in der erforderlichen Höhe,
- Umsetzung der heimischen Klimastrategie durch Aufnahme in das Arbeitsprogramm der neuen Bundesregierung,
- Maßnahmen im Bereich der Wohnbauförderung: Schaffung von Förderungsanreizen sowohl zur thermischen Sanierung von Wohnhäusern als auch für neu zu errichtende Wohnungen, deren Förderung nur vorzusehen ist, wenn der Heizwärmebedarf die festzulegenden Werte – in Form von Energiekennzahlen – nicht überschreitet, Einführung eines Energieausweises für Wohnhäuser, verstärkter Einsatz der Wohnbauförderungsmittel für Niedrigenergie- bzw. Passivhäuser,
- Förderung von ökologischen Maßnahmen im Zuge der Hochwasserhilfe (etwa der Umstieg von Öl- auf Öko-Heizsysteme (Biomasse), Gas- und Fernwärmeheizungen, die Energieerzeugung aus Solarenergie sowie die Wärmedämmung aus nachwachsenden Rohstoffen),
- Schaffung von Anreizen im Steuer- und Abgabensystem für Investitionen und Maßnahmen für sparsamen Energieverbrauch.

D. Bildung für alle Menschen

Bildung ist ein unersetzbares öffentliches Gut. Bildung ist die Voraussetzung für die beständige Weiterentwicklung einer demokratischen modernen Gesellschaft. Bildung ist gleichzeitig die wichtigste Voraussetzung für den Menschen, sich im Leben zu orientieren, Urteile und Entscheidungen treffen zu können sowie die Chance zu haben, einen guten Arbeitsplatz zu bekommen. Für uns hat jeder Mensch ein Recht auf Bildung.

Das unterscheidet uns von der derzeitigen Bundesregierung: Die Regierung Schüssel hat Studiengebühren eingeführt und denkt bereits laut über Schulgeld nach. Im Rahmen der GATS-Verhandlungen wird die Privatisierung von Bildung und anderen öffentlichen Dienstleistungen vorbereitet. Mit dem heuer beschlossenen „Prognoseverfahren“ wird bereits der Zugang zu höherer Bildung eingeschränkt. Wir hingegen wollen allen Menschen den freien Zugang zu Bildung ermöglichen, weil wir hierin den wichtigsten Schlüssel für tatsächliche Chancengleichheit in der Gesellschaft sehen.

Wir brauchen ein pädagogisches Gesamtkonzept, das von der vorschulischen Bildung bis zum lebensbegleitenden Lernen reicht, damit die Menschen bestmöglich auf die aktuellen Herausforderungen in unserer Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt vorbereitet sind.

Wir wollen ein förderndes und forderndes Bildungswesen. Wir wollen ein Bildungssystem, in dem jede und jeder die den eigenen Interessen und Begabungen am besten entsprechende Bildung durchlaufen kann. Begabungen sollen möglichst individuell gefördert, Leistung soll belohnt werden.

Schon den Kindergarten verstehen wir als eine Bildungseinrichtung, auch weil wir wissen, dass sehr frühe Förderung eine sehr wichtige Voraussetzung für den späteren Lernerfolg darstellt.

Für nicht sinnvoll halten wir frühe, nicht korrigierbare Entscheidungen in der Bildungslaufbahn und treten daher für möglichst hohe Durchlässigkeit des Bildungssystems ein. Das schließt beispielsweise intelligente Kooperationsformen in der Mittelstufe ebenso ein wie baukastenartige Angebote in der Schule, aus denen begabungs- und interessenorientiert gewählt werden kann. Wir wollen den Zugang zu Fachhochschulen für LehrabsolventInnen und Berufstätige erleichtern und fördern.

Wir setzen uns für ganztägige Schulformen ein, weil sie viel bessere Förderungsmöglichkeiten bieten, indem sie über die starre Gliederung vormittags Regelunterricht, nachmittags Beaufsichtigung hinausgehen. Auch der hohe Aufwand für Nachhilfe könnte durch gezielte Förderung wesentlich vermindert werden.

Wir wollen zeitgemäße Lehrinhalte, insbesondere den verstärkten Ausbau des zweisprachigen Unterrichts ab der 1. Klasse Volksschule. Wichtig ist uns weiters die Ausstattung aller Schulen mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien, sodass auch jüngste SchülerInnen damit begleitet spielerisch lernen können, sowie die gezielte und verstärkte Berufsorientierung in der Mittelstufe.

Wir wollen auch, dass beide Geschlechter gleichberechtigt an allen Ausbildungswegen und Bildungseinrichtungen teilhaben. Daher sollen Anreize für die jeweils „nicht-typischen“ Bildungs- und Berufsfelder geschaffen werden und in der LehrerInnenaus- und -fortbildung Gleichstellungserziehung verpflichtend aufgenommen werden, weil wir die traditionellen Rollenbilder überwinden wollen.

Deshalb wollen wir auch nach dem Grundsatz „Mädchen stärken, Buben fördern“ moderne internationale Ansätze der geschlechtersensiblen Pädagogik aufgreifen und die Koedukation, zu der wir uns klar bekennen, weiterentwickeln.

Auch an den Universitäten wollen wir besondere Förderungsmaßnahmen für Frauen setzen, um zum Beispiel die noch immer niedrige Zahl von Professorinnen zu erhöhen.

Wir werden auch Formen des Lang-Leben-Lernens unterstützen, weil man nie früh genug damit beginnen kann, eine der hohen Lebenserwartung entsprechende Lebensplanung vorzunehmen.

Wir wollen die Anstrengungen zur Integration behinderter Menschen unter anderem durch die Öffnung der Oberstufenschulen weiter führen.

Die besondere Leistung der Lehrerinnen und Lehrer für die Eröffnung von Chancen für alle Menschen muss entsprechend anerkannt werden. Dies hat die Regierung Schüssel verabsäumt. Wir wollen die Aus- und Weiterbildung der Lehrenden den schwierigen Anforderungen ihres Berufes entsprechend verbessern - sowohl in pädagogisch-didaktischer als auch in fachlicher Hinsicht.

Als besondere Schwerpunkte wollen wir in den kommenden Jahren folgende Projekte umsetzen:

Projekt 11: Berufliche Bildung ausbauen und reformieren

Es ist ein schweres Vergehen einer Gesellschaft, wenn sie ihrer Jugend, die lernen will, keinen Schulplatz oder keine Lehrstelle zur Verfügung stellt beziehungsweise Ausbildungen anbietet, die am Arbeitsmarkt von geringem Wert sind. Denn sie nimmt damit jungen Menschen Hoffnung und Chancen für die Zukunft.

Die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich ist so hoch wie noch nie. Immer weniger junge Menschen finden in Österreich eine Ausbildungsmöglichkeit und einen Beruf. Das muss sich rasch ändern.

Wir brauchen in Österreich einen bedarfsgerechten Ausbau vor allem des berufsbildenden Schulwesens, wobei hier breitflächigere Angebote im Vordergrund stehen sollen. Wir wollen auch den weiteren Ausbau des Fachhochschulsektors. Die Koordination der verschiedenen Standorte muss verbessert werden.

Um im Bereich der dualen Ausbildung die Qualität zu verbessern und dem Lehrstellenmangel entgegenzuwirken, wollen wir:

- *einen Lastenausgleich mit Qualitätskriterien zwischen den Betrieben, die ausbilden, und solchen, die das nicht tun, durch einen Lehrlingsfonds,*
- *eine Flexibilisierung der Lehrlingsausbildung (durch Modulsysteme, Verbünde von Ausbildungsbetrieben, Einrichtung von Gruppenlehrberufen, ergänzende triale und schulische Angebote),*
- *die Schaffung neuer Lehrberufe mit Zukunftsperspektive,*
- *die Aufwertung der Berufsschulen,*
- *die generelle Qualitätssicherung bei den Lehrbetrieben einschließlich einer besseren Qualifizierung der AusbilderInnen.*

Wir wollen die Nachteile für Jugendliche, die sich für eine duale Ausbildung entscheiden (z.B. in den Bereichen Internatskosten, Lehrlingsfreifahrt, Anrechnung von Ausbildungszeiten, Durchlässigkeit, Allgemeinbildung, Sprachausbildung), abbauen und so die Attraktivität dieses Ausbildungsweges erhöhen.

Projekt 12: Universitäten modernisieren – Studiengebühren abschaffen

Die Einführung der Studiengebühren war ein erster Schritt der Regierung Schüssel in Richtung auf ein Bildungssystem, in dem sich nur mehr Wohlhabende bestmögliche Bildung leisten können. Diesen Weg lehnen wir ab. Daher wollen wir die Studiengebühren abschaffen.

Die Universitätsreform hatte einen richtigen Ausgangspunkt in der Erkenntnis, dass die Universitäten mehr Autonomie und Selbständigkeit brauchen, um ihre gesellschaftlichen Aufgaben erfüllen zu können. Aber in vielen Punkten, etwa in zentralen Fragen des Dienstrechts, hinsichtlich der Schaffung unnötiger Parallelstrukturen wie der Medizinuniversitäten sowie der Mitbestimmung des Mittelbaus und der Studierenden, ist diese Reform missglückt, weil dadurch weder die Qualität noch die Effizienz der Hochschulen verbessert wird. Auch fehlt nach wie vor eine schlüssige Berechnung der Kosten dieser Reform.

Wir wollen daher den übereilten Implementierungsprozess stoppen und in einem umfassenden Dialog mit den Hochschulen und den wichtigen gesellschaftlichen Gruppen eine breite Reformallianz erreichen.

Projekt 13: Eine Offensive für das lebensbegleitende Lernen starten

In Zeiten einer dynamischen Veränderung der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts ist es entscheidend, den arbeitenden Menschen die Chance zu bieten, ihre Position zu verbessern, ihre Qualifikationen ständig von Neuem den Herausforderungen anzupassen. Voraussetzung dafür ist eine gute, die Neugier und das Interesse fördernde Erstausbildung.

Deshalb ist zunächst auf eine qualitätsvolle Erstausbildung zu achten und darauf, dass auch alle eine abgeschlossene Erstausbildung erreichen können. In Österreich muss das unentgeltliche Nachholen von Bildungsabschlüssen für alle möglich werden. Für Berufstätige sollen darüber hinaus Angebote im Fachhochschulsektor ausgebaut und im Universitätsbereich geschaffen werden.

Im Bereich Weiterbildung hat die Regierung Schüssel keinerlei Initiativen gesetzt. Eine sträfliche Unterlassung, ist doch das lebensbegleitende Lernen eine elementare Voraussetzung für ein hohes Maß an Beschäftigungschancen. Insbesondere für jene Menschen, die schon länger im Beruf stehen oder wieder einsteigen wollen.

Hier ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen nötig, um auch bildungsferneren Schichten die Möglichkeit, sich weiter zu qualifizieren, zu geben. Die verschiedenen Modelle sollen die Ziele der Verteilungsgerechtigkeit, der Qualitätssicherung, der freien Angebotswahl, der Steigerung der Effizienz und Effektivität, der Erhöhung der Angebotsvielfalt, der Steigerung der Arbeitsmarktgerechtigkeit von Angeboten und der Erhöhung der Bildungsbeteiligung gemeinsam erfüllen.

Als ein konkretes Modell haben wir das Konzept einer Bildungsprämie erarbeitet. Ähnlich wie das Bausparen, jedoch sozial gestaffelt und mit klarer Zweckbindung, soll es allen das Ansparen von Geldmitteln sowie günstige Kredite für kostenintensive Weiterbildung ermöglichen. Für Unternehmen, die besonders in die Weiterbildung der MitarbeiterInnen investieren, sieht dieses Modell einen entsprechenden Bonus vor.

Neben dem Geld für Weiterbildung geht es vielfach auch um die dafür notwendige Zeit. Geld allein reicht oft nicht. Es braucht auch flexiblere, auf die individuellen Bedürfnisse der Einzelnen abgestimmte, finanziell und sozial abgesicherte Bildungskarenzen. Eine „flexible Bildungskarenz“ soll es dem Arbeitnehmer in Abstimmung mit dem Arbeitgeber erleichtern, „Auszeiten“ für Bildung zu nehmen – stundenweise, tageweise, wochenweise, monatsweise. Denn erst so wird es möglich,

das Wissen auf den neuesten Stand zu bringen oder sich auf eine neue Tätigkeit vorzubereiten.

E. Faire und sichere Pensionen

In den vergangenen beiden Jahren hat die Regierung Schüssel den österreichischen PensionistInnen eine faire Pensionserhöhung verweigert. Sie hat Pensionsanpassungen weit unter der Inflationsrate vorgenommen und von diesen sogar noch so genannte Übergenüsse, Pensionserhöhungen aus Ende der Neunziger-Jahre, die über der Inflationsrate lagen, abgezogen. Überfallsartig hat sie auch Veränderungen im Pensionsrecht durchgeführt, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen gekürzt und Unfallrenten besteuert, Pensionsabschläge eingeführt, Witwenpensionen gestrichen, Pensionssicherungsbeiträge erhöht. Und im Gegenzug hat sie eine sehr teure Frühpensionierungswelle im öffentlichen Dienst ermöglicht. Zudem treibt die Regierung die Menschen in eine höchst riskante private Altersvorsorge basierend auf Aktien.

Wir wollen demgegenüber die Wertsicherung der Pensionen gewährleisten sowie unser System solidarischer Alterssicherung langfristig absichern und mehr Gerechtigkeit erreichen. Betriebliche und private Vorsorge sind sinnvolle Ergänzungen, aber das Herzstück muss ein umlagefinanziertes, staatlich garantiertes Pensionsmodell bleiben. Wir treten für die verfassungsrechtliche Garantie des Pensionssystems, also für bestehende und künftige Pensionen, ein.

Projekt 14: Langfristig die Pensionen sichern

Das Pensionssystem steht ohne Zweifel vor großen Herausforderungen: Die Menschen werden älter, der Anteil der älteren Bevölkerung steigt, gleichzeitig erwarten sich die Menschen gesicherte und, wenn möglich, auch steigende Pensionen.

Für uns ist die Garantie der Pensionen eine Grundaufgabe einer sozialen Gesellschaft. Österreich kann sich und wird sich auch in Zukunft leisten können, dass die ältere Generation einen gesicherten Lebensabend verbringen kann.

Die wichtigsten Grundlagen zur Sicherung der Pensionen der Zukunft sind wirtschaftliches Wachstum, Wertschöpfung und Beschäftigung: Je mehr Menschen beschäftigt sind, je mehr erwirtschaftet wird, je höher die Wertschöpfung ist und je besser sie auch verteilt wird, desto leichter lassen sich die Pensionen der Zukunft finanzieren.

Deshalb wollen wir es erleichtern, dass insbesondere Frauen und ältere Menschen Arbeit haben und bekommen. Aus diesen Gründen wollen wir

- *die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie (bedarfsorientierte Arbeitszeiten, mehr und bessere Kinderbetreuungseinrichtungen, Wiedereinstiegshilfen nach Karenzzeiten etc.),*
- *die Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze und die Verbesserung der Erwerbschancen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,*
- *die Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Qualifikationen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (lebensbegleitendes Lernen),*
- *die Aufhebung der strikten Trennung von Bildungs-, Erwerbsarbeits- und Pensionsphase (durch Bildungskarenz, sinnvolle Modelle des Übergangs in die Pension etc.).*

Es wird also in Zukunft auch darum gehen, die steigenden Kosten zwischen den PensionistInnen und den Erwerbstätigen fair zu verteilen. Das bedeutet unter anderem, sehr bald mit der Vereinheitlichung der Pensionsysteme zu beginnen, z.B. für alle neu ins Berufsleben Eintretenden. Es wird aber auch darum gehen, die tatsächlichen Versicherungszeiten in Einklang mit der Höhe des Pensionsanspruchs zu bringen.

Weil die Mobilität am Arbeitsmarkt zunimmt, muss in der Alterssicherung auch die Anrechnung bestimmter erzwungener oder notwendiger Erwerbsunterbrechungen (wegen Arbeitslosigkeit, Kindererziehung etc.) erfolgen. Und es muss eine Art von bedarfsorientierter Mindestsicherung geben.

Besonders wichtig wird die eigenständige Alterssicherung der Frauen. Beste Voraussetzung dafür ist wiederum eine möglichst hohe Erwerbsbeteiligung, aber auch ein stärkerer Ausgleich für Kindererziehungs- und Pflegezeiten sowie die Beseitigung anderer Diskriminierungen.

F. Faire Chancen für Frauen

Die Sozialdemokratie ist die politische Bewegung, die sich am meisten für die Gleichstellung der Frauen eingesetzt hat, ihnen gleichen Zugang zu allen Rechten, Zugang zu Bildung und Zugang zum Arbeitsmarkt verschafft hat. Das Ziel der Gleichstellung ist allerdings noch lange nicht verwirklicht.

Wir wollen daher in allen Feldern der Politik die unterschiedlichen Rahmenbedingungen für die Geschlechter berücksichtigen und Benachteiligungen beseitigen. Dieses Prinzip des so genannten „gender mainstreaming“ zieht sich im

Sinne der Gleichstellung durch unsere gesamte Politik – von der Beschäftigungspolitik bis zur Sozial- und Gesundheitspolitik, von der Bildungspolitik bis zu Fragen der Sicherheit vor Gewalt und Kriminalität.

Projekt 15: Gleichstellung der Geschlechter erzielen

Gleiche Bezahlung und gleiche Chancen bei gleicher Qualifikation und Leistung im Berufsleben sowie die partnerschaftliche Teilung der Haushalts- und Familienaufgaben zählen immer noch zu den großen Herausforderungen unserer Zeit.

Wichtigste Voraussetzung für Eigenständigkeit und gerechte Einkommen ist der Zugang zum Arbeitsmarkt. Berufliche Chancen für Frauen setzen geeignete Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, besonders auch im technischen und naturwissenschaftlichen Bereich, entsprechende Berufsberatung sowie möglichst kurze Unterbrechungen der Berufslaufbahn voraus.

Um die Einkommensschere zu schließen, wollen wir ein Bündel von Maßnahmen setzen, von gezielten öffentlichen Auftragsvergaben über verbindliche Gleichstellungspläne und eine faire Steuerreform bis zu ausreichenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Da gerade Frauen häufig in so genannten atypischen Arbeitsverhältnissen stehen, ist für uns die Einbeziehung dieser Formen in unser System sozialer Sicherung auch aus frauenpolitischer Perspektive ein wichtiges Ziel.

Für uns gilt Eigenständigkeit als Prinzip auch bei der Alterssicherung. Auch ältere Frauen haben ein Recht auf Selbstbestimmung.

Die Gleichbehandlungsgesetze schützen Frauen vor Diskriminierung. Ihre Verbesserung, die von der EU dringend gefordert wird, wollen wir rasch vornehmen.

Wir stehen zur geltenden Fristenlösung. Wir lassen nicht zu, dass der Schwangerschaftsabbruch wieder strafbar wird. Wir unterstützen die Schaffung von Ambulatorien vor allem in jenen Gebieten Österreichs, in denen es derzeit keine gibt.

Im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen wollen wir den gesetzlichen Gewaltschutz verbessern und ein Netz von Gewaltschutzeinrichtungen in Kooperation mit Justiz, Exekutive und Spitälern schaffen. Die von der Regierung Schüssel vorgenommenen Kürzungen bei der Unterstützung für Vereine und Initiativen in diesem Bereich wollen wir zurücknehmen.

In Österreich leben viele Frauen, die nach Österreich verschleppt wurden und hier zur Prostitution gezwungen werden. Wir sorgen dafür, dass betroffene Frauen Beratung und Unterstützung erhalten. Wir wollen das humanitäre Aufenthaltsrecht für Betroffene des Menschenhandels verbessern.

G. Erleichterungen für Familien mit Kindern

Die österreichische Familienpolitik hat viel für die Familien getan. Wir wollen diese gute Tradition fortsetzen und einerseits Müttern und Vätern die Chance geben, ausreichend Zeit mit ihren Kindern zu verbringen und gleichzeitig berufstätig zu sein. Andererseits wollen wir den Kindern auch schon vor der Schulzeit ein bestmögliches Angebot an Förderung bieten.

Der beste Weg, um beides zu erreichen, ist der Ausbau von Einrichtungen zur Förderung und Betreuung von Kindern. Das müssen Einrichtungen sein, die einen hohen Qualitätsstandard haben, in ein pädagogisches Gesamtkonzept eingebunden sind und daher wichtige vorschulische Bildung leisten können sowie außerdem zu solchen Zeiten zugänglich sind, die Kinder und berufstätige Mütter und Väter brauchen.

Nach EU-Berechnungen sind in Österreich mindestens 60.000 zusätzliche Plätze erforderlich. Vor allem bei Krippen, Ganztageskindergärten und Schülerhorten ist der Nachholbedarf in den Bundesländern außer Wien enorm. Wir wollen in den nächsten Jahren insgesamt 100.000 zusätzliche Plätze schaffen, um allen Berufstätigen einen sicheren Platz garantieren zu können. Ein bundesweites Rahmengesetz soll die Qualitätssicherung in der Kinderbetreuung sicherstellen.

Auf diesem Weg können insbesondere Frauen ihre Erwerbschancen und damit ihre Chance auf eigenständige Existenzsicherung deutlich erhöhen. Denn durch zu lange Unterbrechungen des Berufslebens sind ihre Chancen am Arbeitsmarkt gefährdet. Wir wenden uns in diesem Zusammenhang auch strikt gegen ein längst überholtes Bild von den Geschlechterrollen, das die Kindererziehung und –betreuung weitgehend den Frauen zuordnet.

Ein Recht auf Teilzeitarbeit mit Rückkehrrecht in Vollzeit soll es Müttern und Vätern erleichtern, Zeit für Kinder und Beschäftigung zu haben.

Projekt 16: Kindergeld deutlich verbessern

Um es Frauen und Männern leichter zu machen, Beruf und Leben mit Kindern zu vereinbaren, wollen wir den Bezug des Kindergelds flexibler machen: Wer nicht die volle Zeit des Bezugs in Anspruch nimmt, soll die Möglichkeit bekommen, ein höheres Kindergeld zu beziehen: Ab einer Mindestdauer des Bezugs von einem Jahr soll die derzeit höchstmögliche Gesamtsumme des Kindergelds zur Verfügung stehen.

Der Kündigungsschutz soll wieder ab der Bekanntgabe der Karenz beginnen.

Ein solches Modell macht den kürzeren Ausstieg aus der Berufstätigkeit auch für Besserverdienende attraktiver und den Wiedereinstieg leichter. Es erhöht die Beschäftigungschancen und –möglichkeiten besonders für Frauen und hilft damit, die niedrige Frauenerwerbsquote zu heben. Und es kostet nicht mehr als das derzeitige Modell.

Wir wollen weiters ein neues Unterhaltsrecht umsetzen, das Kindern echte Sicherheit bringt. Die öffentliche Hand soll den Unterhalt bevorschussen und ihn danach vom Unterhaltsverpflichteten einfordern. Den von der Regierung Schlüssel verordneten Zwang zur „Gemeinsamen Obsorge“ nach der Scheidung wollen wir zugunsten einer - wo möglich - partnerschaftlichen Lösung aufgeben.

H. Arbeitswelt und Arbeitsverhältnisse im Umbruch: Beschäftigung schaffen – sozialen Schutz sichern

Die zunehmende Verschränkung globaler Verhältnisse, der verschärfte internationale Wettbewerb und die rasante Expansion technologischen Potenzials – v.a. im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie – haben in der Arbeitswelt und in den Arbeitsbeziehungen zu gravierenden Veränderungen geführt und lassen noch weitere erwarten.

Die bisher „typische“ Form der Arbeitsbeziehung, d.h. die Vollzeitbeschäftigung mit Einbindung in das System der sozialen Sicherung und die längere Bindung an einen Arbeitgeber, wird immer häufiger von so genannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen abgelöst.

WerkvertragsnehmerInnen, Teilzeitarbeitskräfte, geringfügig Beschäftigte, freie DienstnehmerInnen, abhängige „neue Selbständige“, HeimarbeiterInnen und Leihkräfte prägen zunehmend das Bild am Arbeitsmarkt und beeinflussen da-

mit auch die Perspektiven jener Menschen, die bisher auf Basis eines regulären Arbeitsvertrags mit den entsprechenden arbeits- und sozialrechtlichen Absicherungen gearbeitet haben.

Projekt 17: Die Arbeitswelt humanisieren

Wir wollen die beschäftigungspolitischen Chancen dieser Entwicklung nutzen und gleichzeitig die Risiken, die für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entstehen, so gering wie möglich halten und jedem/r ArbeitnehmerIn in Österreich einen Mindeststandard an sozialer Sicherheit garantieren.

Konkret wollen wir

- eine echte Gleichstellung von ArbeiterInnen und Angestellten erreichen, sprich die Aktion Fairness vollständig umsetzen,
- das Arbeitsrecht modernisieren und neue Formen der Unselbständigkeit (Werkverträge usw.) ins Arbeitsrecht aufnehmen,
- eine bessere Absicherung der Teilzeitarbeit erreichen,
- kollektive Rahmenbedingungen für die Flexibilisierung der Arbeitszeit unterstützen, wobei insbesondere Ausnahmen vom grundsätzlichen Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit genauestens zu überprüfen sind,
- allen so genannten atypisch Beschäftigten die Einbeziehung in die solidarische Pflichtversicherung ermöglichen,
- einen Ausgleich für besonders belastende Arbeitsformen (wie z.B. Nachtarbeit) umsetzen,
- verstärktes Augenmerk auf die Vermeidung von arbeitsbedingten Erkrankungen und Arbeitsunfällen richten, beispielsweise durch die Stärkung der Befugnisse und der Qualifizierung der im betrieblichen Arbeitnehmernschutz tätigen Personen (ArbeitsmedizinerInnen, Präventionsfachkräfte usw.) und durch die Trennung von deren Beratungs- und Kontrollfunktionen,
- dem demografischen Wandel in der Arbeitswelt Rechnung tragen und uns im Rahmen der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik auf die Förderung altersgerechter Arbeitsplätze konzentrieren,
- die Mitbestimmungsrechte der BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen sichern.

I. Das Sozialsystem zukunftsfähig machen – die Armutsbekämpfung modernisieren

Der Grundsatz, das Sozialsystem klar an der Erwerbsfähigkeit und Erwerbstätigkeit zu orientieren, muss weiterhin Gül-

tigkeit behalten. Reformbedarf besteht aufgrund der Folgen von Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitswelt und, weil das zweite soziale Netz in der derzeitigen Form einer modernen Gesellschaft nicht mehr gerecht wird.

Die Sozialhilfe ist bisher in Gesetzgebung und Vollziehung Ländersache. Die Abstimmung mit anderen Bereichen des Sozialsystems ist unzureichend, die Unterschiede zwischen einzelnen Bundesländern sind nicht mehr vertretbar.

- Wir wollen die Armutsbekämpfung verbessern und daher
- die Gewerkschaften unterstützen und einen Mindestlohn von monatlich 1000 Euro für jeden Vollzeitarbeitsplatz in Österreich erreichen,
 - das zweite soziale Netz sichern durch die Umsetzung unseres Modells einer bedarfsorientierten Grundsicherung, das durch Einheitlichkeit, Transparenz, Rechtssicherheit, Erwerbsorientierung und Aktivierung gekennzeichnet ist.

Projekt 18: Das Sozialsystem armutsfest machen - Bedarfsorientierte Grundsicherung

Mit dem Modell der bedarfsorientierten Grundsicherung wollen wir eine grundlegende Reform der Sozialhilfe als wichtiges Instrument der Armutsbekämpfung in Österreich umsetzen. Diese Grundsicherung soll die Sozialhilfe bundesweit einheitlich regeln, die Leistungen vereinheitlichen und einen Rechtsanspruch für die Betroffenen bieten.

Sie soll alle bisherigen auf Basis der Sozialhilferichtsätze erbrachten Leistungen ablösen. Dabei ist auch die Notstandshilfe mit einzubeziehen. Die BezieherInnen der Grundsicherung sollen auch krankenversichert sein.

Die Höhe der Leistungen für Personen im erwerbsfähigen Alter soll sich am Ausgleichszulagenrichtsatz in der Alterssicherung orientieren, also dem so genannten „Existenzminimum“. Der derzeit unter der Armutsgrenze liegende Ausgleichszulagenrichtsatz für Paare soll angehoben werden. Kinder und andere Haushaltsangehörige sollen mit entsprechenden Zuschlägen berücksichtigt werden.

Zentral ist, dass dieses Modell eine klare Definition von Rechten und Pflichten beinhaltet und dass nicht bloß Geldleistungen, sondern auch Sach- und Dienstleistungen (z.B. Arbeitssuche, Schuldnerberatung) angeboten werden, die helfen sollen, wo immer möglich eine eigenständige Erwerbsbeteiligung wieder zu erreichen.

Die Grundsicherung soll einkommensabhängig sein und die individuellen Einkommens- und Lebensumstände berücksichtigen. Rechte und Pflichten, z. B. die Wahrnehmung zumutbarer Beschäftigungsangebote, werden durch Fördervereinbarungen festgelegt.

Die Schaffung von regionalen Sozialzentren, in denen die unterschiedlichen Sozialeinrichtungen in neuer Vernetzungsqualität zusammenarbeiten, soll klare Zuständigkeiten und Zugangsmöglichkeiten garantieren. Zur Umsetzung all dieser Maßnahmen wollen wir eine entsprechende Vereinbarung mit den Ländern und Gemeinden treffen.

Die Vereinfachung in der Verwaltung wird erhebliche Einsparungen nach sich ziehen, sodass das Ergebnis mittelfristig kostenneutral gegenüber dem derzeitigen System der Sozialhilfe ausfallen wird.

J. Zuwanderung und Integration

Wir haben ein Menschenbild, das jedem Menschen Achtung und menschenwürdige Behandlung garantiert. Wir treten für ein geordnetes und möglichst konfliktfreies Zusammenleben aller Menschen in Österreich ein. Dies setzt gegenseitige Rücksichtnahme, Respekt und Akzeptanz voraus und bedingt Rechte und Pflichten. Das Recht auf Heimat aller Österreicherinnen und Österreicher und das Recht auf Integration der MigrantInnen, die rechtmäßig nach Österreich kommen, gehören zusammen.

In Österreich ist auch in den kommenden Jahren aus demographischen und ökonomischen Gründen mit einer weiteren Zuwanderung zu rechnen. Wir treten für eine rechtlich und gesellschaftspolitisch geordnete Zuwanderung ein - im Interesse der Bewahrung der sozialen Standards und im Interesse der Gewährleistung eines ausreichenden, jedoch nicht zu großen Arbeitskräfteangebots.

Dazu ist eine integrative Politik notwendig, die es den ZuwanderInnen ermöglicht, den Lebensunterhalt durch legale Arbeit selbst bestreiten zu können, berufliche Weiterbildungs- und Aufstiegschancen zu erhalten, durch das soziale Netz geschützt zu sein und am Ort des Lebens und Arbeitens auch politisch mitentscheiden zu können.

Projekt 19: Soviel Zuwanderung wie nötig, soviel Integration wie möglich

Wir halten es für sinnvoll, dass jährlich eine Bedarfseinschätzung hinsichtlich Zahl und Qualifikation möglicher ZuwanderInnen erstellt und der Migration zugrunde gelegt wird. Was wir nicht wollen, ist, dass auch in Nichtsaison-Branchen bloß vorübergehend Menschen im Land beschäftigt werden und zunehmend unter vielfach entwürdigenden und äußerst schlechten sozialen Bedingungen leben müssen. Auch deshalb wollen wir die Saisonier-Regelung der Regierung Schlüssel zurücknehmen.

Legal zugewanderten ArbeitnehmerInnen und ihren Familienangehörigen soll eine umfassende Integrationsperspektive eröffnet werden. Es hat beispielsweise keinen Sinn, legal hier lebende Menschen auf einen illegalen Arbeitsmarkt zu zwingen.

Familienzusammenführung beruht auf einem menschenrechtlichen Fundament und soll daher nicht denselben Beschränkungen unterworfen sein wie die Arbeitsmigration.

Gewerkschaftliche und Arbeitnehmerrechte müssen auch für ZuwanderInnen durchsetzbar sein. Das ist im Sinne aller ArbeitnehmerInnen. Faire, verbindliche und einklagbare Rahmenbedingungen in der Vertragsgestaltung in allen Segmenten des Arbeitsmarktes sollen sicherstellen, dass die Risiken nicht einseitig den ArbeitnehmerInnen aufgebürdet werden.

Beim Zugang zur sozialen Sicherung darf es keine Unterschiede aufgrund der Staatsbürgerschaft geben. Dies gilt insbesondere auch für das zweite soziale Netz. Gerade wenn die Legalisierung aller ArbeitnehmerInnen das Ziel ist, braucht es eine gezielte und wirksame Bekämpfung der Ausbeutung von illegal Beschäftigten durch deren ArbeitgeberInnen samt entsprechenden Sanktionen. Wer in das System der sozialen Sicherung einzahlt, wer hier im Land seine Steuern zahlt, hat auch Anspruch auf Leistungen der Gemeinschaft, wenn er sie benötigt.

Die Regierung Schlüssel versteht unter Integration in erster Linie, die deutsche Sprache zu lernen. Der gewünschte Erwerb der deutschen Sprache soll unserer Ansicht aber nicht über Zwangsmaßnahmen, sondern durch gezielte und attraktive Kursangebote in ausreichendem Ausmaß erfolgen. Diese fehlen derzeit.

Integration ist aber für uns mehr. Neben dem Spracherwerb soll insgesamt Orientierung für das Leben in Österreich (durch

Information über öffentliche Einrichtungen, Sozialversicherung, rechtliche Fragen etc.) im Vordergrund stehen. Und es geht auch um eine Integration in den Arbeits- und Wohnungsmarkt. ZuwanderInnen sollen möglichst rasch mit den vollen Rechten ausgestattet werden. Wir wollen das Staatsbürgerschaftsrecht modern und integrationsfreundlich weiterentwickeln sowie um Ius-soli-Elemente bereichern.

Das kommunale Wahlrecht für MigrantInnen sowie das aktive und passive Wahlrecht am Arbeitsplatz, in der Arbeiterkammer und in der Österreichischen HochschulInnen-schaft stellen ebenfalls grundlegende Rechte dar. In all diesen Bereichen wollen wir auch die Kandidatur von MigrantInnen fördern. Wir sehen das als eine Bereicherung unserer Gesellschaft.

Asylpolitik verstehen wir nicht als Teil der Zuwanderungspolitik, sondern als Menschenrechtspolitik. Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht. Aus der Natur des Asyls ergibt sich zwingend, dass es nicht den Regelungen der Zuwanderungspolitik unterliegen darf. Auch künftig müssen Menschen, die im Herkunftsland im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention verfolgt werden, in Österreich Sicherheit und auch eine menschenwürdige Behandlung finden können.

K. Das Recht auf Sicherheit

Menschen haben das Bedürfnis nach Sicherheit in vielfältigster Weise. Und sie verlangen zu Recht von der Politik, Sicherheit zu gewährleisten.

Auch und insbesondere bei der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit darf es keine Abstriche vom Grundsatz der staatlichen Vorsorge geben. Wir treten allen Ansätzen der Privatisierung im Bereich der inneren Sicherheit entgegen. Das Recht der Menschen auf Sicherheit in Österreich ist durch ausreichendes Personal bei Polizei und Gendarmerie sowie durch eine entsprechende Ausbildung und Ausstattung sicherzustellen.

Auch Menschen in ländlichen Gebieten haben ein Recht auf Sicherheit. Die Schließung zahlreicher Gendarmerieposten ist der falsche Weg. Die Präsenz der Sicherheitsexekutive muss im ganzen Land sichergestellt sein. Wenn die Exekutive zu Hilfe gerufen wird, muss sie auch am Land in kurzer Zeit eintreffen können. Das ist derzeit in vielen Gebieten Österreichs nicht mehr gewährleistet.

Wir sehen die Sicherheitsvorsorge durch die Exekutive nicht

isoliert. Erst eine Politik, die der Arbeitslosigkeit, der Ausgrenzung und der Armut entgegenwirkt, schafft die Basis dafür, dass gesellschaftlicher Friede überhaupt möglich wird. Dass Menschen attraktive Angebote erhalten, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, ist eine entscheidende Vorbedingung dafür, dass die Arbeit der Exekutive erfolgreich sein kann.

Einerseits die Ursachen von Kriminalität zu bekämpfen und andererseits konsequent gegen die Kriminalität vorzugehen ist kein Widerspruch.

Wir wollen die Rechte der Opfer von Verbrechen stärken. Sie brauchen ein schonendes Verfahren, rechtliche Beratung und rechtlichen Beistand, Informations- und Einsichtsrechte sowie auch die stärkere Berücksichtigung immaterieller Schäden.

Die Bekämpfung der Gewalt in der Familie, der Gewalt gegen Frauen und Kinder muss weiter verstärkt werden. Die ExpertInnenvorschläge zur Verbesserung des Gewaltschutzgesetzes wollen wir umsetzen. Das Wegweiserecht soll sinnvoll ausgebaut werden.

Projekt 20: Waffen in Privathaushalten verbieten

Immer wieder müssen wir erleben, dass mit Waffen in Privathaushalten fürchterliche Tragödien ausgelöst werden. Die Verbesserung der Sicherheit von Menschen in ihrer Wohnsphäre ist eines unserer zentralen Anliegen. Besonders der Sicherheit von Frauen und Kindern, von älteren und von behinderten Menschen ist besonderes Augenmerk zu widmen.

Zwei Drittel der mit Schusswaffen verübten Gewalttaten in Österreich werden im Familienkreis mit legalen Waffen begangen. Es gibt mit wenigen Ausnahmen keine triftigen Gründe für das Vorhandensein von Feuerwaffen in Privathaushalten. Dass dort selbst Kinder Zugang zu Waffen haben, hat bereits zu tragischen Todesfällen geführt, aus denen wir lernen und Konsequenzen ziehen sollten.

Wir treten daher für ein generelles Verbot von Schusswaffen in Privathaushalten ein. Ausnahmen sollen gelten für

- das Personal von konzessionierten Wach- und Schließgesellschaften,*
- JägerInnen,*
- SportschützInnen,*
- Schützenkompanien.*

In diesen Fällen ist aber für eine absolut sichere Aufbewahrung zu garantieren.

Auch innerhalb dieser Gruppen ist der Waffenbesitz nur im unbedingt erforderlichen Ausmaß und nur für Personen zulässig, die sich einer strengen Prüfung ihrer Verlässlichkeit unterziehen müssen. Diese Prüfung ist alle zwei Jahre zu wiederholen.

L. Der Staat als Partner

Die so genannte Verwaltungsreform der Regierung Schlüssel hat alle Maßnahmen dem Diktat der Einsparung untergeordnet und die sozialen Folgen völlig ignoriert. Das Ergebnis ist, dass das Leistungsangebot des Staates schlechter, aber nicht billiger geworden ist. Wir wollen echte Vereinfachungen für die Bürgerinnen und Bürger durchsetzen.

Die öffentlich Bediensteten wurden von der Regierung oft Vorurteilen ausgesetzt und sind daher vielfach demotiviert und haben kaum Perspektiven für die Zukunft. Wir wollen gut qualifizierte und motivierte Menschen im Dienst an den BürgerInnen, die für Fairness und Chancengleichheit sorgen. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn die Betroffenen in die Entwicklung und Umsetzung von Reformmaßnahmen einbezogen werden.

Selbstverständlich sind wir gefordert, die Rolle des Staates immer wieder zu überdenken, indem wir seine Aufgaben jeweils aktuell festlegen. Wir wollen dem Staat auch keine Aufgaben aufbürden, die vom Markt besser bewältigt werden.

Wir wollen den Kurs der Regierung, österreichisches Eigentum zu verschleudern, beenden. Die ÖIAG muss dementsprechend von einer „Abverkaufsagentur“ zu einem industriepolitischen Instrument im Sinne einer Beteiligungsgesellschaft werden. Wo es ökonomisch sinnvoll ist und gesamtwirtschaftlichen und standortpolitischen Zielen dient, soll die öffentliche Hand Beteiligungen an Unternehmen halten. Es ist für Österreich gut, dass wichtige Konzernzentralen im Land behalten werden. Die ÖIAG soll daher in Zukunft wieder aktives Beteiligungsmanagement zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts betreiben können.

In jenen Bereichen, in denen längerfristige Stabilität und Sicherheit die zentralen Aufgaben sind, gibt es keine vernünftige Alternative zu staatlichem Handeln. Also etwa für eine umfassende Daseinsvorsorge, für ein Bildungssystem, das Chancen für alle eröffnet, für ein sicherndes soziales Netz, das allen ein Leben in Würde ermöglicht, für ein Gesundheitssystem, das allen offen steht, oder für die Sicherstel-

lung betriebswirtschaftlich unrentabler, aber unverzichtbarer Infrastruktur, um nur einige Beispiele zu nennen. Für sehr viele Menschen sind diese Leistungen sonst nicht mehr oder nur schwer zugänglich.

In diesem Zusammenhang halten wir es beispielsweise nicht für sinnvoll, die Wohnbauförderung, das Prinzip der Gemeinnützigkeit im geförderten Wohnungswesen oder den Mieterschutz aufzugeben.

Wir wollen daher das Mietrecht verbessern (z.B. Abschaffung der allgemeinen Befristungsmöglichkeiten, klar nachvollziehbare Mietzinsobergrenzen). Wohnraum ist eine Lebensgrundlage der Menschen. Daher ist es Aufgabe der Gesellschaft, dass jeder zu menschenwürdigem Wohnraum kommt. Der Markt allein kann das nicht leisten.

Der Staat als Partner umfasst auch eine Justiz, die frei von politischer Einflussnahme ihren Aufgaben nachgehen kann. Wir wollen daher einen unabhängigen und weisungsfreien Bundesstaatsanwalt schaffen, eine echte Strafprozessreform und eine Weiterentwicklung des Strafrechts durchführen. Wir werden insbesondere die Vorgänge in der Justiz beim so genannten Spitzelskandal durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss aufklären.

Wir halten es außerdem nicht für sinnvoll, bewährte und international anerkannte Einrichtungen der Prävention und Rechtsprechung wie den Jugendgerichtshof aufzulösen. Unser Ziel ist vielmehr eine Weiterentwicklung dieser modellhaften Einrichtung im Sinne der besonderen Entwicklungsbedingungen von jugendlichen Straftätern.

Wir wollen einen Konvent unter Beteiligung aller Parteien, der Länder und Gemeinden, der Sozialpartner und anderer ExpertInnen aus dem In- und Ausland einsetzen, der eine umfassende Staats- und Verwaltungsreform vorbereitet.

Projekt 21: Verwaltung vereinfachen

Im Zentrum der Verwaltungsreform steht die Orientierung an den KundInnen und an den Leistungen, die von der Verwaltung erbracht werden sollen. Das heißt, Entscheidungen sollen so nahe wie möglich bei den BürgerInnen stattfinden. One-Stop-Shop, Frontoffice, Internet etc. sind Wege dazu.

Die elektronischen Technologien dienen dazu, dass die Akten laufen, nicht aber die BürgerInnen. Moderne Managementmethoden helfen die Effektivität und Schnelligkeit zu steigern.

Die Kompetenzverteilung soll mit den entsprechenden Aufgabenbereichen übereinstimmen. Mehrgleisigkeiten zwischen Behörden und Verwaltungsebenen sollen beseitigt werden.

Wir treten dafür ein, dass den Städten und Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleichs jener Spielraum zugestanden wird, der notwendig ist, um ihre Aufgaben im Sinne der bürgernahen Verwaltung und als wichtigste öffentliche Investoren und Förderer der lokalen Wirtschaft zu erfüllen.

M. Mehr Chancen für den ländlichen Raum

Die Regierung Schüssel hat den ländlichen Raum nicht nur sträflich vernachlässigt, sondern das Leben der Menschen in diesen Regionen systematisch erschwert. Durch die Schließung von Schulen, Postämtern, Gendarmerieposten, Bezirksamtsgerichten, von Bahn- und Buslinien entstehen für die Menschen in diesen Regionen eine Reihe von Nachteilen:

- Wegfall von Arbeitsplätzen,
- längere Anfahrtswege,
- Missachtung ihres Sicherheitsbedürfnisses,
- erschwerter Zugang zum Recht,
- generelle Einschränkung der Mobilität (vor allem für ältere Menschen),
- geringere Attraktivität für Betriebsansiedlungen, Tourismus etc.

Projekt 22: Den ländlichen Raum weiterentwickeln

Um die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der ländlichen Regionen zu erhalten, sind jetzt unter Einbindung aller Gebietskörperschaften umfassende Regionenkonzepte notwendig, die über Agrarfragen und Tourismus weit hinausgehen. Die Abwanderung aus vielen ländlichen Regionen ist besorgniserregend und muss gestoppt werden. Ländliche Regionen müssen als Lebensraum mit hoher Qualität erhalten bleiben, ihre Infrastruktur und die Arbeits- und Lebensperspektiven der Menschen gefördert werden.

Der ländliche Raum ist mehr als die Landwirtschaft. Deshalb müssen Förderungen verstärkt auch auf andere Wirtschaftsbereiche, auf hochwertige Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten etc. gerichtet sein. Weiters wollen wir ein umfangreiches Lawinen-, Muren- und Hochwasserschutzprogramm starten.

Förderungskonzepte für die ländlichen Regionen müssen auch

eine geänderte Landwirtschaftsförderung umschließen. Deshalb treten wir auch auf europäischer Ebene für eine Neuordnung der Agrarförderung mit dem Ziel ein, die Direktförderungen der Bauern an Qualitätskriterien zu binden und frei werdende Mittel zur Förderung anderer Bereiche der ländlichen Entwicklung einzusetzen.

Eine derartige Umstellung des Fördersystems kommt auch der überwiegend kleinbetrieblich strukturierten Landwirtschaft in Österreich zugute, bietet aber zugleich bessere Lebensmittel, nachhaltiges Wirtschaften und Lebensperspektiven für den ländlichen Raum.

N. Österreichs Rolle in Europa und in der globalen Staatengemeinschaft

Ziel österreichischer Außenpolitik muss es sein, die Interessen Österreichs und damit der Menschen, die in Österreich leben, mit Nachdruck, aber konstruktiv in der Staatengemeinschaft zu verfolgen, und für das friedliche Zusammenleben zwischen den Staaten und innerhalb der Staaten zu wirken.

Um dies zu erreichen, muss Österreich ein anerkannter und starker Partner in der Europäischen Union und in der internationalen Politik sein. Voraussetzungen dafür sind eine außenpolitisch wieder handlungsfähige Bundesregierung und eine Neuorientierung auf eine aktive, weltoffene und berechenbare Europa- und Außenpolitik.

Eine moderne Außenpolitik setzt darauf, auf dem Weg des Dialogs Lösungen für Probleme zu finden. Sie setzt darauf, als zuverlässiger Partner Sach- und Interessenskoalitionen zu bilden, anstatt auf Drohungen und den Rückfall in alte Freund-Feind-Bilder zurückzugreifen. Dies gilt insbesondere auch für die Nachbarschaftspolitik. Konstruktive Nachbarschaftspolitik ist eine Voraussetzung des europäischen Friedens- und Einigungsprojekts.

Unser Ziel in der Europapolitik ist es, das europäische Sozialmodell weiterzuentwickeln und zu stärken. Dazu ist es notwendig, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und soziale Sicherheit als gleichwertige Ziele neben der wirtschaftlichen Integration und der Geldwertstabilität zu setzen. Wir wollen eine echte Beschäftigungs- und Sozialunion mit gesicherten Mitbestimmungsrechten im Rahmen einer europäischen Sozialpartnerschaft. Wir wollen auch auf europäischer Ebene eine Verfassung, die klare soziale Rechte definiert.

Die Demokratisierung der EU muss mit der Vertiefung der Integration, vor allem auf den Gebieten Beschäftigung und Soziales, Hand in Hand gehen. Ohne diese politische Schwerpunktsetzung, für die im EU-Konvent jetzt die Weichen gestellt werden müssen, würde das europäische Einigungsprojekt keine echte politische und soziale Union werden und die Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürger außer Acht lassen.

Wir treten für eine gut vorbereitete Erweiterung der EU ein, weil sie endgültig die Teilung Europas überwindet und Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent sichert.

Wir wollen die Chancen, die die Erweiterung der EU für Österreich politisch, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch bietet, bestmöglich nutzen, wir wollen die berechtigten Sorgen der Menschen ernst nehmen und eine gute Vorbereitung des Erweiterungsprozesses konsequent unterstützen. Dabei hat für uns der ausreichende Schutz des Arbeitsmarkts einen besonderen Stellenwert.

Projekt 23: Österreich rasch auf die bevorstehende Erweiterung vorbereiten

Einerseits profitiert Österreich von der Erweiterung der EU wirtschaftlich, weil neue Wirtschaftsbeziehungen (Absatzmärkte, Produktionsstandorte, Dienstleistungsverkehr etc.) möglich werden.

Andererseits kommen vor allem die Arbeits- und Dienstleistungsmärkte in bestimmten Branchen stark unter Druck. ArbeitnehmerInnen mit bestimmten niederen und mittleren Qualifikationen müssen fürchten, dass ihre Arbeitsplätze durch zusätzliche Einpendler konkurrenziert werden. Die zunehmende wirtschaftliche Vernetzung wird dazu führen, dass das Aufkommen an Straßengüterverkehr deutlich zunehmen wird.

Wir haben deshalb von der Regierung Schüssel bereits im Jahr 2001 Maßnahmen verlangt, die jenen, die im Erweiterungsprozess unter Druck geraten, helfen. Die Regierung Schüssel hat bis heute nichts davon getan und Österreich daher nicht ausreichend auf die Erweiterung vorbereitet. Wir halten die 7-jährigen Übergangsfristen allein für nicht ausreichend und wollen daher insbesondere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in die Wege leiten.

Wir wollen sehr rasch

- *eine Qualifizierungsinitiative für ArbeitnehmerInnen insbesondere im Bereich niedrig qualifizierter Beschäftigten*

(bes. in den Branchen Bau, Gastgewerbe und persönliche Dienste) umsetzen,

- *die Schaffung von Wachstumszonen im Grenzraum zur Absicherung heimischer Unternehmen (z.B. Verbesserungen in der technischen Ausstattung, Qualifizierungsmaßnahmen, verstärkte Förderung von Innovations-, Technologie- und Impulszentren; grenzüberschreitende Verbünde; gezielte innerstaatliche und grenzüberschreitende Kooperationen von Klein- und Mittelunternehmen; bessere Nutzung der Ressourcen der Bundesländer und Gemeinden durch breitere Kooperation) sowie*
- *ein Verkehrsinfrastrukturpaket im Interesse Österreichs (Vorrang für Schienen- und Wasserstraßen-Projekte; selektiver Ausbau des hochrangigen Straßennetzes; Vorbereitung grenzüberschreitender Verkehrsverbünde; Infrastrukturverbesserungen bei kleineren Grenzübergängen etc.).*

Wir treten weiters für eine grundlegende Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik ein, die die Interessen der KonsumentInnen – und damit die Qualität und Sicherheit der Lebensmittel – in den Vordergrund stellt. Wir wollen die Ansätze innerhalb der EU in Richtung Nachhaltigkeit unterstützen.

Derzeit wird der überwiegende Teil der Agrarförderungen unabhängig von ökologischen und anderen gesellschaftlichen Leistungen der Landwirte vergeben. Qualität muss aber vor Quantität gehen! Notwendig ist eine Entkoppelung der Direktzahlungen von Fläche und Produktion und eine generelle Senkung der Kosten der direkten Landwirtschaftsförderung zugunsten der umfassenden Entwicklung des ländlichen Raums. Dies ist gerade angesichts der bevorstehenden Erweiterung besonders wichtig.

Ein weiteres wichtiges Ziel ist der europaweite Ausstieg aus der Atomenergie. Dieser ist angesichts von Stromüberkapazitäten, weiteren Energieeinsparungspotenzialen und technologischem Fortschritt machbar und notwendig. Auf dem Weg dahin brauchen wir europaweit einheitliche Sicherheitsstandards auf hohem Niveau. Wir treten für die Beseitigung der wettbewerbsverzerrenden Förderungen und der Sonderrolle der Nuklearenergie ein. Stattdessen müssen nachhaltige und alternative Energieformen stärker gefördert werden.

Wir wollen, dass Österreich sich auf Basis seiner aktiven Neutralitätspolitik innerhalb der EU und international für Frieden, Demokratie, Menschenrechte, sozialen Ausgleich und die Herrschaft des Rechts engagiert und entsprechende Initiativen in UNO, Europarat und OSZE setzt und

vorantreibt. Österreich kann dabei verstärkt seine besondere Kompetenz im politischen Krisenmanagement einbringen.

Wir treten für die Weiterentwicklung des Friedensprojekts Europäische Union ein, für einen Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU auf Basis der Charta der Vereinten Nationen, für den Ausbau entsprechender Kapazitäten des zivilen Krisenmanagements und für eine gemeinsame militärische Komponente für Krisenbewältigung, in erster Linie im Rahmen eines Mandats des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen oder der OSZE. Voraussetzung dafür ist freilich die Ausweitung der demokratischen Kontrolle in diesem Bereich, etwa durch die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments.

Das neutrale Österreich hat keinen Grund, einem militärischen Bündnis, wie es die NATO ist, beizutreten oder fremden Staaten die Errichtung militärischer Stützpunkte auf österreichischem Territorium zu erlauben.

Das österreichische Bundesheer hat heute neben der noch bestehenden Funktion, die Grenzen gegen Übergriffe zu verteidigen, drei zentrale Aufgaben:

- Mitwirkung an internationalen Einsätzen zur Friedenssicherung, humanitären und Katastrophenhilfe im Rahmen der UNO, der OSZE oder der EU;
- innerösterreichischen Katastrophenschutz und Mitwirkung an internationalen Einsätzen des Katastrophenschutzes;
- den temporären sicherheitspolizeilichen Assistenzdienst zur Grenzraumüberwachung.

Für diese vordringlichen Aufgaben wollen wir das Bundesheer entsprechend ausstatten. Der Kauf von Kampfflugzeugen ist für diese Aufgaben nicht erforderlich, und deshalb lehnen wir ihn ab.

Für die Zeit nach Ende des bis zur „Schengen-Reife“ unserer Nachbarstaaten notwendigen Assistenzdienstes an der Grenze wollen wir prüfen, ob ein Freiwilligenheer mit Milizkomponenten anstelle der allgemeinen Wehrpflicht treten soll.

Die Globalisierung ist eine Realität, an der auch die österreichische Politik nicht vorbeigehen kann. Ziel muss es sein, die Globalisierung zu zähmen, sie möglichst sozial, ökologisch und fair zu gestalten. Im Vordergrund steht dabei der Schutz der öffentlichen Güter wie Gesundheit, Bildung, intakte Umwelt, soziale Gerechtigkeit. Wir setzen uns daher auch

dafür ein, die EU als Instrument dieser Humanisierung und Zählung der globalisierten Wirtschaft zu nutzen.

Wir wollen eine Reform der globalen Institutionen (wie UNO, Weltbank, Währungsfonds, Welthandelsorganisation) unterstützen, die diesem Ziel entspricht und auch die Einbindung der Zivilgesellschaft in ihre weitreichenden Entscheidungen sicherstellt. Wir wollen einen Verhandlungsstopp bei den GATS-Verhandlungen erreichen, um zunächst die bisherigen Liberalisierungen zu evaluieren.

Eine gerechte Weltordnung braucht faire Vereinbarungen zwischen dem Norden und dem Süden, also zwischen den reichen und den weniger entwickelten Ländern, über den Zugang zu Märkten, über soziale und ökologische Standards sowie Schuldenerleichterungen und Entwicklungszusammenarbeit. Dafür soll sich Österreich in den internationalen Institutionen stärker als bisher engagieren und seine Anstrengungen in der Entwicklungspolitik intensivieren.

O. Für ein demokratisches und weltoffenes Österreich

Ein demokratisches Land wie Österreich braucht auch eine entwickelte demokratische Kultur. Davon war in den letzten zweieinhalb Jahren wenig zu spüren. Mit politisch Andersdenkenden, zum Beispiel den vielen kritisch eingestellten Menschen außerhalb der Parteien, hat die Regierung Schlüssel in keiner Phase den Dialog gesucht.

Betroffene wurden in politische Entscheidungen meist nicht eingebunden, die Konsensdemokratie wurde für beendet erklärt. Kritische Intellektuelle und KünstlerInnen wurden denunziert und mit Klagen bedroht, politisch Missliebige in bisher ungekannter Weise von ihren Positionen entfernt, wichtige Institutionen des Landes - wie der Verfassungsgerichtshof - verunglimpft, das Ausland oft in vollkommen unqualifizierter Weise attackiert.

Projekt 24: Demokratie und Öffentlichkeit entwickeln

Wir wollen hingegen die Instrumente unserer Demokratie weiterentwickeln und unter anderem das aktive Wahlalter generell auf 16 Jahre senken, die Mitbestimmungsrechte älterer Menschen ausbauen, ein „gläsernes Parlament“ mit mehr Transparenz und stärkeren Minderheitsrechten schaffen und die Distanz zwischen BürgerInnen und gewählten MandatarInnen verringern.

Wir wollen eine vielfältige und kritische Öffentlichkeit entwickeln helfen, weil wir meinen, dass sich nur unter dieser Voraussetzung derartige politische Verhältnisse, wie wir sie jetzt erleben, nicht mehr wiederholen können.

Wir wollen eine Kultur des Zusammenlebens und der Öffentlichkeit entwickeln, in der Räume und Foren geschaffen werden, in denen reflektiert, diskutiert, engagiert Stellung genommen wird – nicht nur zum politischen Geschehen, sondern zum Zustand und zur Zukunft unserer Gesellschaft insgesamt.

Die Medien sind dabei ein zentrales Element. Wir wollen eine Initiative „Medien- und Informationsfreiheit“ verwirklichen, die die Freiheit der JournalistInnen verfassungsrechtlich schützt, die Meinungsfreiheit zu einer allgemeinen Informationsfreiheit ausbaut und eine Reform der Presseförderung vorsieht. Es darf nie wieder zu Eingriffen in die Medien- und Informationsfreiheit in Österreich kommen.

Projekt 25: Kultur und Kunst

Kulturelle Fragen sind für den Zusammenhalt einer Gesellschaft lebensnotwendig. In Österreich mit seinem Reichtum an kultureller Tradition und Vielfalt gilt das ganz besonders. In dieser Vielfalt liegt die Stärke und die Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft. Sozialdemokratische Kulturpolitik soll allen Menschen ermöglichen, ihr kreatives Potenzial zu entwickeln, zur Geltung zu bringen und an der kulturellen Öffentlichkeit teilzunehmen.

Unser Ziel ist nach zweieinhalb Jahren rückwärtsgewandter Politik die Wiederherstellung eines offenen kulturellen Klimas, das die aktive Mitwirkung an der Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklungen fördert.

Die Kunst ist ein besonderer Bereich der Kultur in dem sich die Gesellschaft darstellt, hinterfragt und reflektiert; als dynamisches Element braucht sie Freiräume, um sich entfalten zu können.

Neben der Absicherung der Initiativen und Institutionen, in denen die künstlerische Auseinandersetzung stattfindet, brauchen auch die Künstlerinnen und Künstler selbst adäquate Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit. Da überdurchschnittlich viele Künstlerinnen und Künstler sogenannte atypisch Beschäftigte sind, wollen wir auch ihnen die leistbare Einbeziehung in die Sozialversicherung ermöglichen, wobei die besonderen Produktionsbedingungen im künstlerischen Bereich berücksichtigt werden müssen.

Die Verbesserung der sozialen Lage der Künstlerinnen und Künstler ist ein vordringliches Ziel. Neben Maßnahmen im Bereich der sozialen Absicherung sind Aktivitäten im steuerlichen Bereich erforderlich, wie beispielsweise die Erweiterung des begünstigten Steuersatzes (Halbsteuersatz) auf hauptberuflich tätige Kunstschaffende für außerordentliche Einkünfte. Wir wollen Verbesserungen des Urheberrechts vornehmen, die den Interessen der überwiegenden Mehrzahl der Künstlerinnen und Künstler entsprechen und den öffentlichen Zugang zu Wissen und kulturellen Gütern nicht beschneiden, sowie ein Urhebervertragsrecht schaffen, das ihnen wirksamen Schutz vor benachteiligenden Praktiken bietet.

Besonderes Augenmerk wird der zeitgenössischen Kunst in all ihren Ausdrucksformen zukommen. Neben einer Medienkultur-Offensive soll der Aspekt kultureller Bildung hervorgehoben werden; es soll in Kooperation mit Schulen, dem ORF und geeigneten Vermittlungseinrichtungen neue Initiativen geben, um sowohl den aktiven als auch den passiven Zugang zur zeitgenössischen Kunst zu fördern. Schließlich besteht auch Österreichs kulturelles Erbe aus vielem, was zur Zeit seiner Entstehung sehr modern und höchst umstritten war.

Wir wollen ein Maßnahmenpaket für den österreichischen Film umsetzen, das eine verstärkte Förderung des eigenproduzierten Films zum Ziel hat und von Bund, Ländern und ORF getragen wird. Unter der Voraussetzung geeigneter Zweckbindungen, um Impulse für österreichische Produktionen zu setzen, ist beabsichtigt, die Gebührenbefreiungsrefundierung wiederherstellen und die Werbebeschränkungen für den ORF aufzuheben.

Weitere Schritte sind die Schaffung eines Beteiligungsfonds im Bereich der Filmwirtschaft sowie steuerliche Anreize für Investitionen in Filmproduktionen.

Für die Verlags- und Musikwirtschaft sind unterstützende Maßnahmen für den Bereich der Distribution geplant.

Wir wollen eine umfassende Reform der Kulturverwaltung durchführen. Zur Umsetzung dieser Anliegen sollen die auf mehrere Ressorts verteilten Agenden in ein Ministerium zusammengeführt und die überholte Spartenrennung überwunden werden. Wir treten für eine langfristige Planung von Förderungen sowie transparentere und demokratischere Entscheidungsprozesse nach europäischem Vorbild ein. Die europäische Perspektive, die von der Regierung Schlüssel vernachlässigt wurde, soll künftig eine wichtige Rolle spielen, indem unter anderem die Teilnahme an europäischen Programmen stärker unterstützt wird.

Zu einer entwickelten demokratischen Kultur zählt auch die Toleranz gegenüber dem Anderen. Rassismus und allen anderen Formen gesellschaftlicher Ausgrenzung im zivilrechtlichen Bereich, am Arbeitsplatz, im Alltag oder in Medien wollen wir durch ein Antidiskriminierungs-gesetz begegnen.

Wir wollen den Dialog mit und zwischen den verschiedenen Volksgruppen in Österreich fördern und ihr Recht auf Beteiligung an der demokratischen Willensbildung gewährleisten.

Projekt 26: Benachteiligungen für Menschen mit Behinderungen nachhaltig beseitigen

Menschen werden in Österreich aufgrund ihrer Behinderung noch immer in vielen Lebensbereichen benachteiligt. Wir wollen daher ein Behindertengleichstellungsgesetz schaffen, um diese Benachteiligungen zu beseitigen.

Wir wollen erreichen, dass

- *der Zugang zu Dienstleistungen (Arztpraxen, Geschäfte ...) für behinderte Menschen ermöglicht wird,*
- *öffentliche Verkehrsmittel ohne Schwierigkeiten benutzt werden können,*
- *das gesamte Bildungssystem für Menschen mit Behinderungen zugänglich ist,*
- *der Zugang zum Arbeitsmarkt und die Karrierechancen für Menschen mit Behinderungen verbessert werden,*
- *im Gesundheitssystem die Bedürfnisse der Behinderten (z.B. bei den Kosten für spezifische Heilbehelfe) stärker berücksichtigt werden,*
- *der Zugang zu mobiler Betreuung, kurzfristiger stationärer Behandlung sowie zur medizinischen Rehabilitation gewährleistet wird,*

- *die Gebärdensprache als offizielle Sprache anerkannt wird,*
- *insgesamt die rechtlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung von Benachteiligungen verbessert werden.*

Wir wenden uns gegen die Diskriminierung von Zivildienern, die wertvolle Arbeit für die Gesellschaft leisten. Wir wollen ihnen daher ein Verpflegungsgeld in gleicher Höhe wie den Wehrdienern zahlen, ihre Beschäftigung bei Einrichtungen der Alten- und Behindertenpflege fördern, den Gedenkdienst im Ausland unterstützen sowie für eine bundesweite Vertretung der Zivildienere sorgen.

Wir setzen uns für die rechtliche Absicherung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften ein und fordern die Gleichstellung bei nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften sowie eine standesamtlich „Eingetragene Partnerschaft“. Darüber hinaus treten wir auch für die Beseitigung aller anderen Diskriminierungen (z.B. im Opferfürsorgegesetz) ein.

In einer Demokratie sollte es selbstverständlich sein, dass zwischen den demokratisch gewählten Parteien ein zivilisierter Wettstreit darüber geführt wird, welche politischen Konzepte die besseren sind und welche umgesetzt werden sollen. Auf dieser Ebene führen wir den Dialog und die parlamentarische Auseinandersetzung mit allen Parlamentsparteien.

Wenn eine Partei wie die FPÖ aber

- sich nicht klar von nationalistischen, extremen und autoritären Elementen abgrenzt und distanziert,
 - fremdenfeindliche oder antisemitische Ressentiments schürt,
 - selbst als Regierungspartei das politische System Österreichs diskreditiert sowie
 - über keinerlei Stabilität, Berechenbarkeit und Verlässlichkeit verfügt,
- dann ist sie kein möglicher Koalitionspartner der SPÖ.

Mit diesem Programm treten wir vor die Wählerinnen und Wähler, die am 24. November 2002 eine Richtungsentscheidung für Österreich treffen werden.

Wir stehen für

- den entschlossenen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit,
- eine aktive Wirtschaftspolitik, die es den arbeitenden Menschen und den Unternehmen ermöglicht, auch in schwierigen Zeiten ihre Leistung zu entfalten,
- einen verantwortungsvollen und sparsamen Umgang mit dem Geld der SteuerzahlerInnen,
- ein leistungsfähiges Gesundheitssystem, das allen bestmögliche Versorgung garantiert,
- hochwertige Bildung, die allen Menschen Chancen eröffnet,
- gesicherte Pensionen für alle Menschen,
- Reformen, die im sozialen Dialog entwickelt und umgesetzt werden, und
- ein demokratisches und weltoffenes Österreich ohne Diskriminierungen.

Wir bitten die Wählerinnen und Wähler um ihr Vertrauen, damit dieses Programm Wirklichkeit werden kann – zum Wohl unseres Landes und aller Österreicherinnen und Österreicher.